



Nr. 481 | 18.05.2026

Russland-Analysen

Musik Russlands Einfluss in Estland Memorial

ANALYSE	
Populäre Musik und das autoritäre Regime in Russland Radzhana Buyantueva (Université Libre de Bruxelles, Le Fonds National de la Recherche Scientifique)	2
STATISTIK	
Strafverfolgung von Künstlern	8
KOMMENTAR	
Die russischsprachige Bevölkerung in Estland und Russlands Einfluss auf die Informationslandschaft Andrey Makarychev (Universität Tartu)	8
KOMMENTAR	
»Memorials« unrechtmäßige Einstufung als extremistische Bewegung Julius W.	11
DOKUMENTATION	
SIPRI: Weltweite Rüstungsausgaben	13
DOKUMENTATION	
Russland in der Rangliste der Pressefreiheit	15
DEKODER	
Eingeschläfert Bereg	16
KOMMENTAR	
Russlands Eroberungskrieg gegen die Ukraine – Kipppunkt, Kehrtwende oder Informationskrieg? Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	20
CHRONIK	
Hinweis auf die Online-Chronik	22

Populäre Musik und das autoritäre Regime in Russland

Radzhana Buyantueva (Université Libre de Bruxelles, Le Fonds National de la Recherche Scientifique)

DOI: 10.31205/RA.481.01

Zusammenfassung

Populäre Musik bietet heute in Russland eine wichtige Bühne, auf der verschiedene Narrative, Loyalität und Dissens ausgehandelt werden. Während die autoritäre Kontrolle intensiviert wird, kooptiert der Staat systematisch Musik, um nationalistische Narrative zu fördern, nicht persönliche, sondern formal geschichtsbezogene Nostalgie zu mobilisieren und in der Gesellschaft Unterstützung für das Regime zu fördern. Gleichzeitig werden andersdenkende Musiker:innen marginalisiert, sanktioniert und aus dem kulturellen Mainstream ausgeschlossen. Gleichwohl setzen regimekritische Interpret:innen Musik weiterhin als Medium ein, um Widerstand und Solidarität zu bekunden. Dabei passen sie sich an die Repressionen an, indem digitale Plattformen genutzt, ein grenzüberschreitendes Publikum gesucht und politische Vorstellungen in Text und Musik integriert werden. Diese Auseinandersetzung um die Produktion, Verbreitung und Aufführung von Musik verdeutlicht deren Bedeutung nicht nur als Ausdruck von Kultur, sondern auch als Ort für politische Meinungsbildung. Musik fungiert in Russland als Instrument für autoritäre Hegemonie und angesichts der eingeschränkten öffentlichen Debatte als Ressource für gesellschaftlichen Widerstand.

Populäre Musik und Hinterfragung politischer Vorstellungen

Populäre Musik ist seit langem eine wirkmächtige politische Ressource, die sowohl als Instrument für staatliche Propaganda wie auch als Raum für Widerstand fungiert. Durch sie können kollektive Identitäten gefördert und kann Dissens artikuliert werden. Wenn in einem autoritären Umfeld formale Kanäle der Meinungsäußerung eingeschränkt sind, die politische Partizipation beschnitten ist und der öffentliche Diskurs streng kontrolliert wird, bietet sie oft eine wichtige Bühne, auf der Narrative, Loyalität und Dissens ausgehandelt werden können.

Musik muss nicht notwendigerweise eine politische Position artikulieren – etwa Unterstützung für oder die Opposition zum Regime –, um eine politische Rolle zu spielen. Sie wirkt vielmehr affektiv und über Symbole: Durch emotionale und markante Melodien, nachhallende Wiederholung und gemeinsame kulturelle Codes reflektiert bzw. beeinflusst sie die Haltung des Publikums gegenüber der Obrigkeit wie auch hinsichtlich der eigenen Zugehörigkeit. Allerdings lässt sich die Bedeutung von Musik nie ganz festklopfen. Songs können von Hörer:innen unterschiedlich interpretiert werden, je nach deren persönlichen Ansichten und Erfahrungen. Populäre Musik stellt durch diese Ambivalenz eine mitreißende, allerdings auch umkämpfte politische Ressource dar. Sie kann über ideologische Trennlinien hinweg zirkulieren und dabei für unterschiedliche Publikumsteile unterschiedliche Bedeutungen transportieren.

Populäre Musik ist im heutigen Russland, in dem die öffentliche politische Debatte zunehmend eingeschränkt wurde, zu einem wichtigen Raum geworden, in dem politische Vorstellungen ausgedrückt und hinter-

fragt werden können. Diese Entwicklung wurde durch die sozialen Medien verstärkt. Der Staat hat seit Anfang der 2000er Jahre die Repressionen verstärkt und seine Anstrengungen intensiviert, das System nationaler Symbole unter seine Kontrolle zu nehmen. Während formal bestehende demokratische Institutionen wie Wahlen, Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen ausgehöhlt wurden, erfuhr die Kultur eine Politisierung. Populäre Musik mit ihrer wirkmächtigen emotionalen Anziehungskraft und kulturellen Reichweite ist dadurch zu einem wichtigen Schauplatz geworden, auf dem der Staat patriotische Gefühle fördert und versucht, alternative politische Vorstellungswelten zu unterdrücken. Oppositionelle Künstler:innen wiederum nutzen Songs, Auftritte und digitale Plattformen, um weiterhin Kritik zu äußern, gesellschaftlichen Unmut zu kanalisieren und Räume für Gegen narrative aufrechtzuerhalten.

Mit der Vollinvasion in die Ukraine Ende Februar 2022 erfolgte hinsichtlich der Politisierung der Kultur – und eben auch der populären Musik – eine beträchtliche Eskalation. Das schlug sich allerdings weniger in einer Änderung der Kontrollmechanismen des Staates nieder – also den restringierten Informationen in den (offiziellen) Medien, dem Druck auf Veranstaltungsorte und der Zensur, die seit Anfang der 2000er Jahre eingeführt und nach den Protesten von 2011/12 und der Annexion der Krim 2014 verstärkt worden waren –, sondern in der Dimension und dem Tempo ihrer Umsetzung. Die Verabschiedung und systematische Anwendung von Zensurgesetzen, die jedwede Erwähnung von Drogen, Erörterung von Terrorismus und Selbstmord sowie eine Diskreditierung »nationaler Werte«, des russischen Militärs oder von Vertreter:innen des Staates verbieten, haben den Raum für Dissens dramatisch

beschnitten. Mit Stand von 2026 sind rund 30 kriegskritische Musiker:innen zu »ausländischen Agenten« erklärt worden. Eine Reihe von Songs ist als »extremistisches Material« eingestuft worden, dessen Verbreitung verboten ist. Durch eine Einstufung als »ausländischer Agent« kann der oder die Betroffene faktisch nicht mehr in Russland arbeiten. Wenn diese Maßnahme Musiker:innen betrifft, die das Land verlassen haben, wird dadurch in Russland faktisch der Zugang zu deren Musik beschnitten.

Eine der am deutlichsten sichtbaren Folgen dieser Restriktionen war eine beträchtliche Emigrationswelle von Kunstschaffenden. Die genauen Zahlen sind zwar schwer zu ermitteln, doch geht aus den Recherchen internationaler und russischer unabhängiger Medien wie etwa der *Novaya Gazeta* und *Meduza* hervor, dass von 2022 bis 2025 mehrere Hundert Musiker:innen nach Europa, in die USA, nach Georgien, Israel oder Südostasien emigriert sind; dort produzieren sie und treten vor einem Diaspora-Publikum auf. Weiterreichende Schätzungen zur Emigration deuten darauf hin, dass sich Tausende russischer Staatsangehöriger ins Ausland »relokalisiert« haben, also emigriert sind, darunter eine beträchtliche Anzahl kreativer Kräfte.

Wer geblieben ist, passt sich auf unterschiedliche Art an. Viele Künstler:innen betreiben Selbstzensur, wechseln zu offen apolitischen Inhalten und meiden rundum politisch heikle Themen. Andere kleiden ihre Kritik in Metaphern, Allegorien und experimentelle Performances, die vielfältige Interpretationen erlauben und somit das Risiko einer Verfolgung reduzieren. Die experimentelle Band *Shortparis* aus St. Petersburg steht exemplarisch für diesen Ansatz. Sie produzieren Avantgarde-Performances, deren politische Bedeutung ambivalent bleibt und entweder als Kritik oder als ästhetisches Experimentieren interpretiert werden kann, je nach Publikum. Andere Segmente der Musikszene haben sich in zersplitterte und semiprivate Räume zurückgezogen, unter anderem in unabhängige Veranstaltungsorte, Einladungsevents und diverse Online-Spaces, die oft auf öffentliche Werbung verzichten.

Populäre Musik, Bedeutung, politische Interpretation

Die politische Kraft populärer Musik beruht nicht auf der Kapazität, explizite politische Standpunkte einzunehmen, sondern auf dem Potential, Emotionen und Erinnerungen hervorzurufen sowie Identität zu stiften. Anders als politische Reden oder Programme fungieren Songs selten wie kohärente ideologisch fundierte Argumente. Stattdessen wirken sie auf einer affektiven Ebene, setzen Melodie, Rhythmus und lyrische Wiederholung und performative Energie ein, um politische Befindlichkeiten zu beeinflussen und das Gefühl einer gemeinsa-

men Erfahrung zu fördern. Das macht populäre Musik dann besonders wirksam, wenn es eher um die Kultivierung tiefer liegender Gesinnungen und Bindungen geht, und weniger um durch begründete explizite politische Meinungen.

Wichtig ist, dass die Bedeutung der Musik fließend und nur bedingt eindeutig ist. Die politische Relevanz eines Songs steckt nicht allein im Text, sondern ergibt sich aus einer intensiven Interaktion von Song, Hörer:in und Kontext. Der gleiche Text kann als ironisch oder ernst gemeint interpretiert werden, als subversiv oder patriotisch, je nach den bisherigen Überzeugungen des Publikums und der sozialen Konstellation der Rezeption. In einer polarisierten politischen Umgebung kann diese Flexibilität hinsichtlich der Interpretation ein strategisches Potenzial darstellen, wodurch Musik über ideologische Trennlinien hinweg zirkuliert, wobei sie bei unterschiedlichem Publikum unterschiedliche, ja sogar widersprüchliche Bedeutungen transportieren kann.

Diese Ambivalenz ist sowohl vom Regime wie auch von seinen Kritiker:innen wirksam eingesetzt worden. Für den Kreml dient populäre Musik dazu, patriotische Loyalität zu fördern und eine Normalisierung autoritärer Herrschaft herzustellen. Patriotische Lieder, die die nationale Ausnahmestellung, die militärische Stärke und eine historische Kontinuität feiern, fungieren als populäre Unterhaltung, während sie subtil staatliche Narrative von Souveränität und Größe stärken. Für oppositionelle Hörer:innen hält Musik eine kodierte Sprache für Kritik bereit. Sie stellt ein Mittel dar, abweichende moralische Ansichten auszudrücken. Musik ist eine Quelle für emotionelle Solidarität und ermöglicht es, Dissens zu äußern, ohne offen politische Forderungen zu stellen, was mit Gefahren verbunden wäre.

Digitale Medien verstärken diese Entwicklungen. Online-Plattformen fördern schnelles Teilen, eine durch Algorithmen gestützte Werbung und eine partizipatorische Interpretation der Songs, wobei diese in nutzergenerierten Kommentar- und Community-Netzwerken eingebunden sind und dort bedeutungstiftend wirken. Also ergibt sich der politische Einfluss eines Songs nicht allein aus dem Inhalt des Textes oder dem Umstand, dass sie offiziell produziert wurden, sondern daraus, wie er verbreitet wird, wie das gefördert wird, wer es kritisiert und wie Menschen seine Bedeutung interpretieren. Somit muss für ein Verständnis, welche politische Rolle populäre Musik im heutigen Russland spielt, nicht nur das künstlerische Artefakt betrachtet werden, sondern auch die sozialen und politischen Bedingungen seiner Produktion, seiner Verbreitung und Rezeption.

Kontrolle durch den Staat

Ausgehend von der Annahme, dass die Bedeutung von Musik an sich fließend ist, hat der Kreml daran gear-

beitet, hier den Interpretationsspielraum einzuschränken und populäre Musik im Sinne regimetreuer Zwecke zu kanalisieren. In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist die staatliche Kontrolle weit über eine direkte Kontrolle hinausgegangen. Sie besteht aus einer Kombination aus institutionellem Druck, justiziellem Zwang und wirtschaftlicher Abhängigkeit.

Diese Kontrolle wird durch die kulturelle Infrastruktur institutionalisiert. Die großen Medienunternehmen, prominente Veranstaltungsorte und landesweite Fernseh- und Rundfunkanstalten sind in der Hand des Staates oder haben eine entsprechende politische Ausrichtung. Eine solche Struktur schafft wirkmächtige Kontrollmechanismen. Nach der Vollerobation in der Ukraine 2022 beendete beispielsweise die *Russian Media Group*, eine der größten Medienkonglomerate Russlands, Verträge, oder verlängerte diese nicht, mit über 70 Musiker:innen, die sich öffentlich gegen den Krieg in der Ukraine gewandt hatten, unter anderem mit Boris Grebenschtschikow, dem Kopf der Kultband *Aquarium*, dessen Radiosendung abgesetzt und dessen Konzerte abgesagt wurden, nachdem er wegen Kritik am Krieg zum »ausländischen Agenten« erklärt wurde. Jurij Schewtschuk, Sänger der Rockband DDT, wurde wegen seiner Äußerungen gegen den Krieg angezeigt; seine Konzerte wurden sabotiert und später landesweit abgesagt. Die Popsängerin *Manisha*, 2021 Russlands Kandidatin beim ESC, wurde ebenfalls aus staatlichen Medienprogrammen verbannt, nachdem sie sich gegen den Krieg ausgesprochen hatte. Und das, obwohl sie zuvor eine vom Staat geförderte Kulturbotschafterin war. *Zemfira*, eine der ikonischen Rockmusiker:innen, wurde als »ausländische Agentin« eingestuft; ihre Musik wurde von etlichen Streamingportalen entfernt. Dieses Vorgehen sendete ein klares Signal an einen breiteren Kreis von Künstler:innen, welchen Preis abweichende Positionen haben können. Das Ergebnis ist eine gelenkte Musikszene, in der der Zugang zu einem breiteren Publikum davon abhängt, ob jemand politisch konform ist.

Selbst Straßenmusiker:innen blieben nicht verschont. Im Oktober 2025 wurde Diana Loginowa, besser unter ihrem Künstlerinnennamen *Naoko* bekannt, sowie zwei Musiker ihrer Straßenband *Stoptajm* (Stoptime) verhaftet, weil sie auf dem Newskij prospekt in St. Petersburg Songs von »ausländischen Agenten« gespielt hatten, unter anderem von *Zemfira*, *Monetotschka* und *Noize MC*.

Die Drohungen des Staates werden durch einen wachsenden Bestand einschlägiger Gesetze kodifiziert und verstärkt. Gesetze, die die »Diskreditierung der Streitkräfte« und die Verbreitung von »Falschinformationen« unter Strafe stellen, verwenden bewusst vage Formulierungen, wodurch sie flexibel als Repressionsinstrumente eingesetzt werden können. Während einige

Künstler:innen Geldstrafen erhalten oder strafrechtlich verfolgt werden, besteht die tiefgreifende Wirkung in einer erzwungenen Selbstzensur. Angesichts des staatlichen Drucks vermeiden viele Interpret:innen politische Themen oder komponieren ihre Texte mit Ambivalenz.

Die künstlerische Freiheit wird zudem durch schwierige wirtschaftliche Bedingungen beeinträchtigt. Da die Musiker:innen von Konzerttournees, Merchandise-Einnahmen und Medienpräsenz abhängen, kann der Staat diese kommerziellen Kanäle ausnutzen, um disidentisches Kulturschaffen finanziell äußerst unattraktiv zu machen. Die Popikone Alla Pugatschowa wurde das Ziel einer konzertierten Medienkampagne, nachdem sie 2022 den Krieg verurteilt und das Land verlassen hatte. Damit sollte Pugatschovas künstlerisches Erbe zerstört werden, indem die Sängerin als »alt« und »unbedeutend« hingestellt wurde. *Roma Swer* (bürgerlich: Roman Bilyk), Frontmann der populären Rockband *Sweri* (dt.: »Tiere«), wurde als ausländischer Agent eingestuft, nachdem er sich gegen den Krieg ausgesprochen hatte. Das Regime versucht, für unmittelbare materielle Konsequenzen zu sorgen, indem Veranstaltungsorte gedrängt werden, Konzerte abzusagen, und indem sichergestellt wird, dass Bands von Festival ausgeschlossen werden. Diese Form des Zwangs ist oft wirksamer als bestimmte Musikstücke direkt zu verbieten.

Die Musikszene in Russland ist dadurch äußerst asymmetrisch geworden. Regimetreue Musiker:innen werden vom Staat protegert, erhalten Medienpräsenz und eine staatliche Förderung, wodurch sie stärker sichtbar werden. Oppositionelle Stimmen hingegen werden systematisch marginalisiert, in digitale Nischen verdrängt oder ins Exil gezwungen. Diese Entwicklung spiegelt auch allgemeinere Muster der autoritären Herrschaft in Russland wider: Dort wird Macht nicht durch totale Unterdrückung ausgeübt, sondern durch selektive Kooptierung populärer Kultur und eine strategische Steuerung abweichender Positionen.

Musik als staatliche Propaganda

Parallel zu den Anstrengungen, abweichende Haltungen einzuhegen, hat der Kreml eine willfährige Mainstream-Musikszene geschaffen. Populäre Kultur wurde dadurch zu einem wichtigen Instrument zur Vermittlung politischer Botschaften verwandelt. Im Rahmen dieser Strategie wird ein Pool loyaler Interpret:innen aufgebaut, die die staatliche Ideologie aus konservativem Nationalismus, Traditionalismus und geopolitischer Selbstbehauptung vermitteln sollen. Ihre prominenten Auftritte bei staatlich geförderten Konzerten, Fernsehshows und öffentlichen Versammlungen bewirken, dass Musik als Plattform zur ideologischen Festigung fungiert.

Ein zentraler Bestandteil des Repertoires ist das strategische Bespielen von Nostalgie. Songs, die aus der Vor-

stellungswelt der Sowjetzeit, aus Themen über den Heroismus und die Opfer der Kriegszeit sowie aus Narrativen über eine ungebrochene nationale Einheit schöpfen, dienen politischen Zwecken. Sie schaffen eine emotionale Brücke in eine mystisch verklärte Vergangenheit und fördern dadurch ein Gefühl kollektiver Identität, das sich auf ein Framing aus historischer Kontinuität und moralischer Rechthaberei stützt. Dieses gefühlsgeladene Framing, bei dem Russland als belagerte, aber geistig überlegene Zivilisation hingestellt wird, ist in Phasen geopolitischer Spannungen intensiv aktiviert worden, etwa während der Annexion der Krim und des anhaltenden Krieges gegen die Ukraine.

Das staatliche Konzert, das im März 2022 bei dieser Mammutveranstaltung aus Anlass des Jahrestages der Krim-Annexion stattfand, illustrierte diese Synthese aus Musik, Erinnerung und Politik. Zu den Musiker:innen, die dort auftraten, gehörten die Band *Ljube* und Oleg Gasmanow (Urgesteine des patriotischen Genres). Ihre Lieder dort waren voll sowjetischer Symbolik und militaristischer Maskulinität. Die Veranstaltung wurde landesweit übertragen und kombinierte Unterhaltung mit staatlicher Zeremonie: Die affektive Kraft von Musik wurde eingesetzt, um die territoriale Expansion zu legitimieren und eine entsprechende Zustimmung in der Gesellschaft zu fördern.

Darüber hinaus hat das Regime auch in eine Modernisierung seines kulturellen Images investiert, um sich nicht nur auf ein nostalgisches Framing zu stützen. Interpret:innen wie der Sänger *Shaman* (bürgerlich: Jaroslaw Dronow) stehen für diese Anpassungsstrategie, bei der moderne Produktion, Pop-Ästhetik und der gewiefte Umgang mit sozialen Medien mit Texten kombiniert werden, die den Nationalstolz und traditionelle Werte preisen. Dieser Ansatz soll bei einem jüngeren Publikum – den *digital natives* – verfangen und gewährleisten, dass die Propaganda mit dem populären Geschmack Schritt hält.

In der Wissenschaft wird diese facettenreiche Kooptierung der Kultur als »songwashing« bezeichnet: Mit populärer Musik wird das Image des Staates gewaschen, indem eine attraktive, oft apolitische Fassade errichtet wird, die die repressiven Realitäten verschleiert. Der Kreml hatte diese Logik zuvor schon auf internationale Bühnen wie den European Song Contest getragen, wo Musiker:innen wie Sergej Lasarew eine behutsam gelenkte Version russischer Modernität, Offenheit und kultureller Diversität darboten, wobei Glamour und pompöse Ästhetik von autoritärer Regierungsführung ablenken sollten.

Stimmen der Renitenz

Die allgegenwärtige Kontrolle über den Kulturbereich hat den musikalischen Dissens nicht auslöschen kön-

nen, har aber dessen Formen und Kanäle neu gestaltet. Als Antwort auf die staatliche Propaganda und die institutionelle Marginalisierung besteht oppositionelle Musik weiter als ein wichtiges Medium für moralische Kritik, öffentliche Trauer und das Bewahren alternativer politischer Vorstellungen. Dieser Widerstand operiert jetzt vorwiegend über eigene, miteinander verbundene Räume. Musiker:innen wie *Zemfira*, *Noize MC* und *Monetotschka* produzieren im Exil weiterhin Musik, treten vor der Diaspora auf und halten digital die Verbindung zu ihrem Publikum in Russland aufrecht. Innerhalb des Landes haben sich abweichende Haltungen in den Untergrund zurückgezogen: Unabhängige Veranstaltungsorte, die die staatliche Aufsicht umgehen, Privatwohnungen, in denen kleine Zusammenkünfte stattfinden und digitale Plattformen, auf denen Musik über *Telegram*-Kanäle, *YouTube* oder VPN-unterstützten Zugang kursiert. Straßenkünstler:innen wie *Naoko* stehen für eine besonders verwundbare Form der abweichenden Haltung, die in einer Grauzone zwischen Sichtbarkeit und Repression existiert. Die Kraft oppositioneller Musik liegt jetzt nicht in offener, massenhafter Mobilisierung, die nun praktisch gänzlich unterbunden wurde, sondern in ihrer Fähigkeit, ethisch begründete Verweigerung zu artikulieren und über verstreute und prekäre Räume hinweg Gemeinschaften mit einer gemeinsamen Haltung aufrechtzuerhalten.

Seit der späten Sowjetzeit wurde Rockmusik in Russland mit politischem Dissens assoziiert. Lange vor der russischen Völlinvasion in die Ukraine 2022 hatten Rocksänger:innen oppositionelle Muster entwickelt, auf denen ihre Antworten auf folgende Konflikte beruhten. Jurij Schewtschuk war ein Kritiker des ersten Tschetschenienkrieges in den 1990er Jahren und forderte bei seinen Konzerten Frieden. Genauso wandte er sich auch gegen die Annexion der Krim. Nach 2022 intensivierte Schewtschuk seine Haltung und verurteilte offen Russlands zunehmende Aggression. Auf ähnliche Weise hat Boris Grebenschtschikow seit Langem mit seiner Musik öffentlich den sowjetischen und postsowjetischen Autoritarismus kritisiert. Er war zwar in Bezug auf die Annexion der Krim 2014 vorsichtig, verurteilte aber die Invasion von 2022 in aller Deutlichkeit. Andrej Makarewitsch war einer der ersten großen Musiker:innen, die sowohl die Annexion der Krim wie auch die Völlinvasion 2022 kritisierten. Sänger:innen setzten viele Jahre lang ihr Format als Künstler ein, um öffentlich Autoritarismus und Krieg anzuprangern, wobei sie sich systematischen Vergeltungsmaßnahmen gegenübersehen (z. B. Geldstrafen, abgesagten Konzerten, Schmutzkampagnen oder Exil). Ihre fortgesetzt oppositionelle Haltung verdeutlicht die Rolle, die Musik als kritische Plattform zur ethischen Positionierung spielen kann: Musik nimmt symbolhaft eine Haltung ein, die die Hegemo-

nie des Staates herausfordert, selbst dann, wenn das Publikum nur begrenzt unmittelbar präsent sein kann.

Wie Rockmusik ist auch Rap sowohl politisch geladen als auch für junge Generation bedeutsam. Rap bedeutet narrative Direktheit und Konzentration auf sozialen Realismus sowie Kritik an Korruption und systemisch bedingter Ungleichheit. Das macht Rap zu einem machtvollen Vehikel zur Artikulation politischer Haltungen. *Noize MC* steht beispielhaft für diese Wirkbahn. Er war schon vor 2022 tief in die Protestbewegungen in Russland eingebunden: 2012 wurde er verhaftet, nachdem er vor einem Moskauer Gerichtsgebäude aufgetreten war, in dem Mitglieder der Punkband Pussy Riot vor Gericht standen. Er wurde zu einem recht festen Bestandteil oppositioneller Versammlungen, auch bei den Protesten im Winter 2011/12, unter anderem auf dem Bolotnaja-Platz. Seine Musik aus jener Zeit thematisiert Polizeigewalt, Korruption in der Justiz und politische Repression. Er kritisierte sowohl die Annexion der Krym wie auch die russische Vollinvasion in die Ukraine, wobei er in Europa Fundraising-Konzerte zur Unterstützung von Ukrainer:innen abhielt.

Durch das kulturelle Kapital des Rap und dessen Attraktivität für junge Menschen wurde er zum Ziel staatlicher Kooptierung. Regimefreundliche Musiker:innen wie *Timati* (bürgerl.: Timur Junussow), der ein großes Plattenlabel besitzt und über enge Verbindungen zum Kreml verfügt, glorifizieren nationale Stärke, werden in den Medien promotet und von Institutionen wie der Präsidialverwaltung oder der Moskauer Stadtführung unterstützt. Nach der Vollinvasion 2022 unterstützte *Timati* öffentlich den Krieg und trat vor russischen Truppen auf. Damit bewies er, dass Rap – wie auch andere Genres – politisch flexibel ist. Je nachdem, wer ihn kontrolliert und vertreibt, kann er das Regime herausfordern oder es stärken.

Digitale Medien und die Rezeption in Russland

Digitale Medien sind von entscheidender Bedeutung, wenn es um die Verbreitung oppositioneller Stimmen geht. Plattformen wie *YouTube*, *Telegram* und Streamingdienste ermöglichen es Interpret:innen, die staatsnahen Kontrolleure bei den Medien zu umgehen. Diese Online-Räume fungieren nicht nur als Vertriebskanäle, sondern auch als dynamische partizipatorische Medienräume, in denen Dissens koordiniert, geteilt und neu strukturiert wird. Gleichzeitig sind diese Plattformen keine neutralen Räume: Sie werden durch algorithmengesteuerte Sichtbarkeit, Regulierung durch die Plattformen und zunehmend durch staatliche Eingriffe bestimmt. An sich können sie gleichzeitig staatlich geförderte Narrative verbreiten wie auch oppositionelle Inhalte kursieren lassen. Von entscheidender

Bedeutung ist, dass es partizipatorische Räume sind, in denen Musik durch eine Beteiligung der Nutzer:innen geteilt und interpretiert wird.

Aus Sicht des Publikums ist der Umgang mit politisch heikler Musik privat und von Vorsicht geprägt. Praktiken wie das Teilen von Songs über verschlüsselte Chats, das Speichern von Songs in Offline-Geräten, das Nutzen von VPNs und das Posten ambivalenter Kommentare spiegeln das Bewusstsein für staatliche Überwachung und potenzielle Risiken wider. In einer streng kontrollierten medialen Umgebung bilden diese fragmentierten Interaktionsformen einen digitalen Untergrund, der parallel zum offiziellen, öffentlichen Bereich besteht. Und es ist der Ort, an dem oppositionelle Befindlichkeiten gepflegt und fortgeführt werden können.

Das Exil hat die geographische Verteilung und die Infrastruktur von Dissens, der durch Musik geäußert wird, zusätzlich verändert. Im Zuge der Emigrationswelle nach dem Februar 2022 arbeitet eine zunehmende Zahl von Musiker:innen vom Ausland aus, tritt dort auf und produziert dort für das heimische Publikum. Sie wenden sich mit ihren Konzerten an die Communities der Diaspora und bleiben symbolisch über digitale Kanäle mit ihrem Publikum in Russland verbunden. Ihre Konzerte, Online-Veröffentlichungen und ihre Kommunikation in den sozialen Medien helfen, das Gefühl eines gemeinsamen kulturellen und politischen Raumes aufrechtzuerhalten. Dadurch sorgen sie dafür, dass kritische Stimmen, auch wenn sie sich physisch entfernen mussten, ein resonanzstarker Teil des nationalen Diskurses bleiben.

Welche Reichweite Musiker:innen im Exil in Russland haben, ist wegen der Zensur, der Beschränkungen für Plattformen und des autoselektiven Charakters des digitalen Publikums nur schwer abzuschätzen. Allerdings deuten mehrere Indikatoren darauf hin, dass sie weiterhin relevant sind: Das zeigen die nachhaltige Attraktivität der *Telegram*-Kanäle; die einschlägige Musik verbreiten; die hohen Klickzahlen auf *Youtube* und die wiederholten Versuche des Staates, ihre Musik zu blockieren oder zu entfernen. Dass sich die Regierung auf Interpret:innen wie *Zemfira* und *Noize MC* mit repressiven Maßnahmen einschießt, etwa durch Einstufung als »ausländischer Agent«, legt nahe, dass sie selbst extern produzierte Inhalte als potentielle Herausforderung für ihre Kontrolle der Medien betrachtet.

Auf der Mikroebene zeigt der Fall der Straßenmusikerin Naoko, wie diese Entwicklung im Alltag zum Tragen kommt. Ihre Verhaftung wegen einer Darbietung von Songs von als »ausländische Agenten« eingestuftem Musiker:innen, die ihrerseits online eine weite Verbreitung fanden, macht die Reichweite von Musiker:innen im Exil deutlich, wie auch die Empfindsamkeit des Staa-

tes angesichts der anhaltenden kulturellen Präsenz dieser Musiker:innen. Dass eine junge Interpretin, die auf der Straße Songs covert, von der Polizei als Gefahr wahrgenommen wurde, verdeutlicht das Ausmaß, in dem sich die Grenzen genehmen künstlerischen Ausdrucks verengt haben. Gleichzeitig belegen die Online-Sichtbarkeit solcher Ereignisse und die Reaktion der Öffentlichkeit hierauf, dass oppositionelle Musik trotz der physischen Verdrängung und der Repressionen weiterhin in der russischen Gesellschaft verbreitet und gehört wird sowie Reaktionen provoziert.

Schlussfolgerungen

Populäre Musik hat sich in Russland vor dem Hintergrund intensiver autoritärer Kontrolle zu einer wichtigen Bühne für staatliche Einflussnahme und gesellschaftlichen Dissens gewandelt. Musik fungiert zwar nicht als unmittelbares Instrument für einen Regimewechsel oder als Ersatz für formale Politik, sie beeinflusst aber die emotionale und moralische Haltung der Öffentlichkeit zur Obrigkeit, zu Ungerechtigkeit und persönlichen Zugehörigkeit zu einem wie auch immer verstandenen ›Russland‹. Der Staat wiederum versucht systematisch, populäre Musik zu kooptieren, um Zustimmung zu generieren. Dabei setzt er nostalgische Symbolik und patriotische Schauspiele ein, um autoritäre Herrschaft zu »normalisieren« und emotionale Loyalität zu mobilisieren. Die opponierenden Musiker:innen greifen zu kodierter Kritik, digitalen Medien und den

aufsässigen Traditionen von Rock und Rap, um weiterhin Gegennarrative zu verbreiten und Communities moralischer Solidarität zu unterstützen.

Diese zwiagespaltene Rolle der Musik verdeutlicht die Bedeutung von Kultur für die Resilienz moderner autoritärer Regime. In einer politischen Landschaft, in der formale Kanäle für Opposition systematisch beschnitten werden, fungiert populäre Musik als affektiver und diskursiver Raum. Sie ist für das Regime und dessen Kritiker:innen ein wirkmächtiges Medium, in dem die Öffentlichkeit mit widerstreitenden Narrativen angesprochen werden kann und soll.

Am Beispiel der Musik lässt sich eine breitere Dynamik autoritärer Kontrolle und des Widerstands dagegen nachvollziehen. Dabei wird deutlich, wie Regime ihre Herrschaft nicht durch Zwangsmaßnahmen ausüben, sondern auch durch den strategischen Einsatz von Kultur und kollektiver Emotionen. Es wird auch erkennbar, wie kulturelle Praktiken selbst unter strengen Einschränkungen einen fragilen, jedoch resilienten Raum für Dissens schaffen können. Musiker:innen und ihr Publikum fördern durch Auftritte und über digitale Medien resiliente Räume für Kritik und Hoffnung. Dadurch wird sichergestellt, dass der Wettstreit über die politische Bedeutung Russlands, d. h. die gesellschaftliche Ordnung innerhalb des Landes sowie die Verteilung von Macht, und seine Zukunft stets hörbar bleibt.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

Radzhana Buyantueva ist promovierte Politologin und forscht am Fonds National de la Recherche Scientifique (F.R.S.-FNRS) an der Université Libre de Bruxelles. Ihren Dokortitel erlangte sie an der Universität Newcastle. 2022 erschien bei Palgrave Macmillan ihre Monographie *Emergence and Development of LGBT Protest Activity in Russia*.

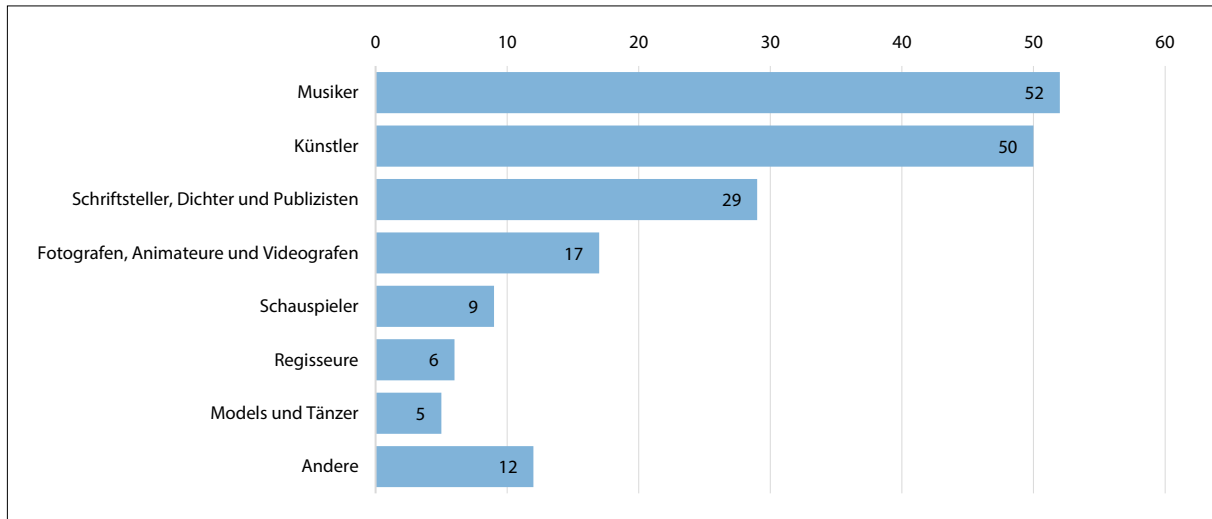
Lesetipps

- Biasioli, Marco: Songwashing: Russian Popular Music, Distraction, and Putin's Fourth Term; in: *The Russian Review*, Bd. 82, Nr. 4, Oktober 2023, S. 682–704.
- Ewell, Philip: Russian Rap in the Era of Vladimir Putin. In: Adriana Helbig, Milosz Miszczynski (Hg.): *Hip Hop at Europe's Edge: Music, Agency, and Social Change*. Bloomington, IN: Indiana University Press 2017.

STATISTIK

Strafverfolgung von Künstlern

Grafik 1: Strafrechtliche Verfolgung von Personen, die in der Kulturindustrie arbeiten



Stand zum 17.02.2025

Quelle: OVD-Info (09.04.2025): Persecution of "disloyal" individuals in culture industry in Russia: 41 people imprisoned, 176 facing pressure, online über: [https://ovd.info/en/persecution-culture-industry-russia?utm_source=google.com&utm_medium=organi%20c&utm_term=\(not%20set\)#1](https://ovd.info/en/persecution-culture-industry-russia?utm_source=google.com&utm_medium=organi%20c&utm_term=(not%20set)#1).

KOMMENTAR

Die russischsprachige Bevölkerung in Estland und Russlands Einfluss auf die Informationslandschaft

Andrey Makarychev (Universität Tartu)

Einleitung

Die russischsprachige Bevölkerung Estlands erzeugt vielfältige Narrative. In einigen von ihnen bedeutet die Identifikation mit der »russischen Welt« eine kulturelle Abgrenzung von Estland und Europa. Differenziertere Darstellungen zeigen die russischsprachigen Bürger als eindeutigen – wenn auch spezifischen – Teil der estnischen politischen Gemeinschaft oder beschreiben sie als sowohl von Russland als auch von Estland entfremdet. Einige dieser Narrative beruhen eher auf sowjetischer Nostalgie und konservativen sozialen Werten als auf direkter Loyalität gegenüber Russland. Appelle russischsprachiger Einwohner an Russland schufen ein Narrativ, das Moskau schließlich instrumentalisierte und als Waffe einsetzte, um die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Nachbarländer zu legitimieren. Daher soll-

ten Kreml- und Putin-freundliche Narrative in Estland als eine Kombination aus einheimischen Stimmen, die die Stimmung eines bedeutenden Teils der lokalen russischsprachigen Bevölkerung widerspiegeln, und direkten Projektionen russischer Propaganda verstanden werden.

Dies erklärt den hybriden Charakter dieser Narrative. Argumente, die als faktenbezogener Pragmatismus präsentiert werden, können mit Verschwörungstheorien kombiniert werden. Die daraus resultierende Selbstdarstellung als Opfer ebnet den Weg für eine enge Bindung an die russischen Mainstream-Medien. Innerhalb dieses vielfältigen Umfelds gibt es reichlich Raum für Narrative, die aus den vom Kreml kontrollierten Medien übernommen und für den lokalen Konsum angepasst wurden, sowie für lokal produzierte Narrative. Das Verständnis dieser Hybridität ist wichtig, um zu vermeiden, dass Russlands

Beziehungen zur russischsprachigen Diaspora als einseitig und linear beschrieben werden. Russland als »Beschützer« seiner »Landsleute« im Ausland und die »Landsleute« selbst sind voneinander abhängig und können politisch nur im Zusammenspiel miteinander existieren.

Der Einfluss des russischen Kriegs gegen die Ukraine

Russlands Krieg gegen die Ukraine hat die alten Trennlinien zwischen der etablierten estnischen Politik und der russischen Minderheit wiederaufleben lassen. Gleichzeitig hat Russlands Invasion in der Ukraine die Beziehungen zwischen den Verfechtern der »russischen Welt« und ihrer Anhängerschaft in Estland drastisch verändert und die Verbreitung der Narrative des Kremls erschwert. Da die estnische Öffentlichkeit starke moralische Solidarität mit den Opfern der russischen Aggression zeigte, wurden alle Verweise auf die »russische Welt«, selbst wenn sie in kulturellen oder zivilisatorischen Begriffen formuliert waren, toxisch und sicherheitspolitisch brisant. Der endgültige Übergang des Landes zu einem vollständig estnisch-sprachigen Bildungswesen, die Einstellung kultureller und akademischer Kontakte zu russischen Institutionen sowie die Umbenennung des Russischen Kulturzentrums in Tallinn sind Beispiele für diese kulturelle Distanzierung. Es wurden zwei Arten von »roten Linien« gezogen: »weiche« rote Linien (durch öffentliche Kritik an einem Manövrieren und Schwanken zwischen Loyalität gegenüber Estland und Sympathien für Russland) und »harte« rote Linien (durch die staatliche Kriminalisierung öffentlicher Äußerungen, die russische Gewalt und Aggression rechtfertigen). Nach 2022 grenzte sich der estnische Staat von Russland ab, u. a. durch die vom Parlament vorgenommene Erklärung Russlands zum Terrorstaat, die Aufhebung der Einreisemöglichkeit ins Land für russische Inhaber von Schengen-Visa, die militärische Befestigung der Grenze sowie Verbote russischer Medien und sozialer Medien, die Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine unterstützen (u. a. RTR-Planeta, RTVI, Rossiya 24, REN TV und NTV Mir).

Nach 2022 distanzieren sich viele der von russischsprachigen Akteuren in Estland produzierten Medien-narrative eher unauffällig vom offiziellen russischen Diskurs. Sie verzichteten in der Regel darauf, offen Solidarität mit der Ukraine zu bekunden, und zögerten, das Putin-Regime zu verurteilen. Ein solcher Wandel spiegelt die Suche nach einer entpolitisierten Nische wider, um zu verhindern, dass die russischsprachige Bevölkerung in Estland als Putins Handlanger beschuldigt werden, und um ein legitimer Teil der estnischen Gesellschaft zu bleiben. Gleichzeitig übernahmen die nach 2022 entstandenen Narrative die aus den Vorjahren stammende kritische Haltung gegenüber dem estnischen Nationalstaat als sprachzentriert und spaltend sowie das

Eintreten für einen autonomen, russifizierten Raum mit eigener Erinnerungspolitik, Sprache, Religion und Bildungspraktiken. Diese Argumente führen oft dazu, dass russischsprachige Narrative eine konfrontative Rhetorik gegenüber dem estnischen Staat annehmen. Dem estnischen Staat wird vorgeworfen, in vorrangig von russischsprachigen Bevölkerungsteilen bewohnten Gebieten Medizin und Bildung unterzufinanzieren und zu wenig in die lokale Wirtschaft zu investieren.

Versuchte Normalisierung

Die alten Strategien zur Aufrechterhaltung einer russischsprachigen »Bubble«, also »Informationsblase«, im Einklang mit den Narrativen des Kremls und mit dem Ziel, das Vertrauen in den estnischen Informationsraum zu untergraben, werden seit 2022 durch ein neues Narrativ ergänzt, das darauf abzielt, den russisch-ukrainischen Krieg zu normalisieren und die dadurch hervorgerufenen Unsicherheiten zu leugnen. Dieses Narrativ zielt darauf ab, die normativen Grundlagen der internationalen Stellung Estlands, insbesondere gegenüber der Ukraine, zu untergraben. Die Normalisierung des Krieges funktioniert, indem sie die Aufmerksamkeit auf Probleme des täglichen Lebens lenkt (Preise, Arbeitsplätze usw.) und geopolitische Interpretationen des Krieges zurückweist. Die Normalisierung des Krieges dient dazu, die Rezipienten davon abzuhalten, sich eine eigene Meinung zum Krieg zu bilden. Ihnen wird das Gefühl der Handlungsfähigkeit genommen, indem ein Weltbild geschaffen wird, in dem sie den Lauf der Ereignisse nicht beeinflussen können. Diese Art der manipulativen Erzählung stützt sich nicht mehr auf die Idee der »russischen Welt«. Vielmehr wird sie als basisdemokratische alternative Weltanschauung präsentiert.

Die Leugnung der Bedrohung durch Russland ist ein zentraler Bestandteil der Normalisierungstaktik. Stattdessen werden die EU, die Ukraine und die estnische Regierung als Hauptursachen für Unsicherheit dargestellt. In dieser Lesart werden Sanktionen, Grenzbeschränkungen und Militärausgaben als nachteilig für Estland angesehen, und die Unterstützung der Ukraine wird als sinnlos dargestellt (»Provoziert Russland nicht« als Rezept für Estlands Überleben).

Neben ihrer negativen Darstellung der Politik der estnischen Regierung schüren pro-russische Stimmen auch Vorurteile gegenüber ukrainischen Kriegsflüchtlingen. Die öffentliche Verwendung des Slogans »Ruhm der Ukraine« stieß in einigen russischsprachigen Medien in Estland auf Kritik, und die Polizei schritt in mehreren Fällen ein, in denen Falschmeldungen über ukrainische Flüchtlinge verbreitet wurden. Die rechtsgerichtete Estnische Nationalkonservative Partei (EKRE) verstärkte diese Narrative, indem sie der Regierung vorwarf, Estland durch die Aufnahme ukrainischer Kriegsflüchtlinge zu russifizieren.

Russlands direkte Einflussnahme

Seit dem groß angelegten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine haben einige der bisherigen Methoden von Russlands direkter Einflussnahme in Estland – wie beispielsweise die öffentliche Diplomatie und die Pflege von Kontakten zu russischen Amtsträgern – an Bedeutung verloren, während die Mobilisierung für konkrete Maßnahmen gezieltere Formen annahm. Russland hat die Unterwanderung estnischer öffentlicher Bereiche, darunter Medien, Kommunikation, Bildung, Zivilgesellschaft und Verteidigungsinstitutionen, intensiviert, um sich auf deutlich konfliktreichere Beziehungen zur EU und zur NATO einzustellen. Diese Technik baut auf Russlands Aktivitäten im Bereich der hybriden Kriegsführung auf, hat ihren Anwendungsbereich nach 2022 jedoch erheblich erweitert.

So leistete Russland beispielsweise direkte und indirekte Unterstützung bei der Gründung der pro-russischen Partei »Koos / Vmeste«. Die Partei wurde von Aivo Peterson geleitet, der 2025 wegen Landesverrats zu 14 Jahren Haft verurteilt wurde, sowie von Oleg Ivanov, der 2023 nach Russland floh und von den estnischen Behörden wegen Unterschlagung gesucht wird. »Koos / Vmeste« wurde 2022 gegründet und verbreitete mehrere Narrative, die mit dem Diskurs des Kremls übereinstimmten. Die Partei trat für einen »Business-as-usual«-Pragmatismus ein, der Russland in den Mittelpunkt stellte, und argumentierte, dass die EU-Sanktionen gegen Russland aufgehoben werden sollten, da sie sich nachteilig auf die estnische Wirtschaft auswirkten. Peterson und Ivanov behaupteten, Estland sei künstlich in den Krieg hineingezogen worden, was dazu diene, »Koos / Vmeste« als vernünftigen Gesprächspartner für Russland und als »Friedenspartei« zu positionieren, der das Überleben Estlands inmitten der globalen geopolitischen Krise am Herzen liegt.

Die Kehrseite dieser Darstellung ist die Kritik am estnischen Nationalstaatsmodell, dem vorgeworfen wird, ethnozentrisch, nationalistisch und russischsprachigen Bürgern gegenüber feindselig zu sein. »Koos /

Vmeste«, die sich selbst als »estnische Patrioten« bezeichnen, nannten den Abriss sowjetischer Militärdenkmäler nach dem umfassenden Einmarsch Russlands in die Ukraine eine »Provokation« und riefen alle Esten dazu auf, von den russischsprachigen Bürgern zu lernen, wie man deren Geschichte und Identität respektiert. YouTube-Kanäle wie »Pereulki Tallinna« und »Baltika Zdravomysliia« verbreiten regelmäßig ähnliche Narrative.

Russland betreibt auch »Musik-Diplomatie«: Jährlich veranstalten die russischen Behörden in der russischen Stadt Iwangoorod ein Konzert zum Großen Vaterländischen Krieg, das sich vor allem an die mehrheitlich russischsprachigen Einwohner der Stadt Narwa auf der estnischen Seite des Flusses richtet. Auf estnischer Seite wird seit 2023 auf Initiative des Narwa-Museums am 9. Mai ein Banner mit der Aufschrift »Kriegsverbrecher« als visuelle Antwort auf das Konzert in Iwangoorod gezeigt. Maria Smorzhevskikh-Smirnova, Direktorin des Narwa-Museums, wurde in Russland wegen des Banners in Abwesenheit wegen Extremismus verurteilt. Dieser Fall zeigt, dass zu Russlands Instrumentarium auch die strafrechtliche Verfolgung von Russischsprachigen mit anderer Meinung als Form transnationaler Repression gehören.

Resümee

Russlandfreundliche Narrative können zur indirekten politischen Mobilisierung beitragen. Aufgrund ihres subversiven Potenzials und der Gefahr ihrer Instrumentalisierung wird ihre Verbreitung als Sicherheitsproblem angesehen: Sie werden etwa vom estnischen Verfassungsschutz als Teil »feindlicher Einflussoperationen« und »nichtmilitärischer Angriffe auf die grundlegenden Werte und Einstellungen der Gesellschaft« eingestuft. Aus dieser Perspektive betrachtet, schaffen und verschärfen sowohl von Russland unterstützte als auch russlandorientierte Medieninhalte politische Konflikte und gesellschaftliche Spannungen, anstatt lediglich als Informationsumfeld zu fungieren, das Menschen verbindet und informiert.

Über den Autor

Andrey Makarychev ist Professor für Regionale Politische Studien an der Universität Tartu.

Sein Beitrag ist entstanden mit Unterstützung des Horizon Europe Projektes »The Long Arms of Authoritarian States: Suppressing Independent Voices within and beyond Their Borders«.

Bibliografie

- Jahresbericht des estnischen Verfassungsschutzes: https://kapo.ee/sites/default/files/content_page_attachments/annual-review-2024-2025.pdf
- bei Youtube:
 - Kanal der Partei KOOS: <https://www.youtube.com/@koos5056>
 - Pro-russische Kanäle: <https://www.youtube.com/@naatsaretlane>, <https://www.youtube.com/@JuriKivit>, <https://www.youtube.com/@Pereulki.Tallinn>, <https://www.youtube.com/@baltikazdravomysliya>
 - Konzert in Iwangoorod im Jahr 2025: <https://www.youtube.com/watch?v=1T5B3IY--hk>
 - Estnische Reality Show »Out of the Bubble« (ERR TV): <https://jupiter.err.ee/1609789553/mullist-valja>

»Memorials« unrechtmäßige Einstufung als extremistische Bewegung

Julius W.

Eine extremistische Bewegung, die es nicht gibt

Am 27. März 2026 wurde aus den Medien bekannt, dass das Justizministerium der Russischen Föderation beim Obersten Gerichtshof einen Antrag auf Einstufung der »Internationalen soziale Bewegung ›Memorial« als extremistische Organisation gestellt hatte.

Zwei Wochen später, am 9. April 2026, gab der Oberste Gerichtshof diesem Antrag statt und verbot die Tätigkeit der Bewegung auf dem Staatsgebiet Russlands. Alle Versuche der Anwälte und Vertreter von »Memorial«, bei der Verhandlung anwesend zu sein, blieben erfolglos. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, und die Akten des Verfahrens wurden als »streng geheim« eingestuft.

Infolgedessen sind weder den »Memorial«-Organisationen noch der Öffentlichkeit bis heute weder die genaue Begründung der Anklage noch der vollständige Wortlaut der Entscheidungsbegründung bekannt. Das Justizministerium hat öffentlich lediglich allgemeine Anklagepunkte über die »Tätigkeit der Bewegung« verkündet, die angeblich »extremistischen Charakter hat und eine Bedrohung für die Grundlagen der verfassungsmäßigen Ordnung sowie für die Gewährleistung der Integrität und Sicherheit der Russischen Föderation darstellt« sowie »auf die Nivellierung historischer, kultureller, geistiger und moralischer Werte sowie auf die Anstiftung zu sozialer und religiöser Volkshetze abzielt«. Es ist praktisch unmöglich, aus den Erklärungen des Justizministeriums Details herauszulesen, die einer ernsthaften Prüfung standhalten.

Unter Ausnutzung der Tatsache, dass der Beklagte formal die rechtlich nicht existierende »Internationale soziale Bewegung ›Memorial« ist, haben die Behörden de facto die Möglichkeit einer Berufung blockiert. Das Gericht folgt der Logik: Ihre Organisation wird formal nicht angeklagt, also mischen Sie sich nicht ein. Andererseits erhielten jene Organisationen von »Memorial«, die zu klären versuchten, ob das Gerichtsurteil sie unmittelbar betrifft, ebenfalls keine klare Antwort.

Die Folgen

Das Urteil des Obersten Gerichtshofs kriminalisiert alle »Memorial«-Organisationen in Russland und droht ihren Mitgliedern mit Freiheitsstrafen von bis zu 10 Jahren. Sicherheitskräfte und Justizbehörden zeigen ihre traditionelle Missachtung des Gesetzes. Allgemeine Formulierungen und geheime Urteile verschleiern nicht nur die Unfähigkeit, die Vorwürfe klar zu benennen

und zu beweisen. Indem sie einer nicht existierenden »Bewegung« das Etikett »Extremismus« anheften, senden die Behörden ein klares Signal: Es gibt keine Regeln, und jeder, der seine Verbindungen zu »Memorial« nicht abbricht, ist in Gefahr. Der Begriff »Bewegung« wurde bewusst gewählt, da seine rechtliche Definition unklar formuliert ist. Nun kann bereits die Ausübung ähnlicher Aktivitäten unter einem anderen Namen zu einer Strafverfolgung führen. Den Teilnehmern jeglicher Veranstaltungen von »Memorial«, beispielsweise geladenen Rednern, drohen Repressionen. Selbst kleinste Spenden, die Veröffentlichung von Symbolen, die Verteilung von Literatur und vieles mehr sind vollständig verboten.

Unter diesen Umständen haben die meisten »Memorial«-Organisationen in verschiedenen Regionen Russlands ihre Auflösung angekündigt. Das Leben der Menschen hat unbestreitbar oberste Priorität, und sich einer Gefahr auszusetzen, indem man seine Tätigkeit unter strenger Kontrolle durch die Geheimdienste fortsetzt – das kann nur eine persönliche, verantwortungsbewusste Entscheidung sein.

Welche konkreten Pläne das Putin-Regime derzeit in Bezug auf »Memorial« hat, lässt sich derzeit nicht sagen. Ob sich die Behörden mit der Auflösung der Organisationen in Russland und der Schließung vieler Netzwerkprojekte zufriedengeben werden oder ob die Sicherheitskräfte sich rächen und an Menschenrechtsverteidigern, Aktivisten und Historikern Vergeltung üben wollen – all dies sind Fragen ohne eindeutige Antworten. Möglicherweise erfahren wir dies kurz nach Ablauf der einmonatigen Frist für die Einreichung von Einsprüchen und der Aufnahme der »Bewegung« in die entsprechenden Register, möglicherweise werden die Entscheidungen erst später getroffen. Aber es ist kaum zu erwarten, dass dieses Regime auch nur die geringste Nachsicht zeigt, zumal nun ein solches »Instrumentarium« zur Verfügung steht.

Bedrohliche Zeugnisse

Wir wissen, dass die Menschenrechtsarbeit von »Memorial« die Machthaber schon lange verärgert. Das Menschenrechtszentrum »Memorial« war seit 1991 aktiv, unter anderem an Krisenherden, wo es häufig Verbrechen der Sicherheitskräfte dokumentierte und öffentlich machte. Auch die Tätigkeit seines Nachfolgers, des Zentrums für Menschenrechte »Memorial«, blieb vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine und der verschärften Repressionen in Russland nicht von den Behörden unbemerkt. Trotz der angeordneten Liquidie-

rung im Dezember 2021 setzte »Memorial« seine Arbeit fort und beobachtete insbesondere die Gerichtsverfahren gegen ukrainische Kriegsgefangene. Die Aktivitäten der Organisation sind nicht zuletzt dank der Verleihung des Friedensnobelpreises präsent.

Andererseits beschäftigen sich die Behörden in den letzten Jahren zunehmend mit Fragen der Erinnerung an die Vergangenheit. Beispiele dafür muss man nicht lange suchen. Zu den neuen Schritten in diese Richtung zählen die radikale Umgestaltung des Gulag-Museums, dessen Ausstellung nun den Verbrechen der Nazis und dem Völkermord am sowjetischen Volk gewidmet sein wird, die barbarische Beseitigung des Gedenkkomplexes für die Opfer der Repressionen in Tomsk, Putins Anordnung zur Wiederherstellung der nach Dsershinskij benannten FSB-Akademie sowie die erneut von der Tribüne der Staatsduma erhobenen Forderungen, den Solowezki-Stein zu entfernen und das Denkmal für eben diesen Dsershinskij auf den Lubjanka-Platz zurückzubringen.

All dies zeugt davon, dass sich der Staat der Rolle, die die Erinnerung für die Gestaltung der Gegenwart und Zukunft spielt, sehr wohl bewusst ist. Doch mit der stumpfen Hartnäckigkeit, die für antidemokratische Regime typisch ist, versucht er, die Erinnerung zu »regulieren« und den Bürgern vorzuschreiben, wie und woran sie sich erinnern sollen.

Über dem Autor

Julius W. ist ein Pseudonym.

Kein Verstummen

Derzeit lässt sich das Unvermeidliche beobachten. Russische Organisationen von »Memorial« werden geschlossen, einzelne Projekte kommen zum Erliegen, russische Internetseiten der Organisationen stellen ihren Betrieb ein.

Aber werden die Usurpatoren der Macht »Memorial« zum Schweigen bringen können? Ist es möglich, eine Organisation zu liquidieren, die fast vierzig Jahre lang die Erinnerung an das totalitäre Erbe der UdSSR, an die Stalin-Lager, an die Verschleppung der Ostarbeiter, an die Tolstojaner und Dissidenten, an den Kampf für Menschenrechte und demokratische Werte in sich gebündelt hat? Kann man die Arbeit derer aufhalten, die schon dem KGB der UdSSR und der sowjetischen Macht die Stirn geboten haben, die friedliche Menschen in Krisengebieten verteidigt und an Demonstrationen gegen Putins Krieg in der Ukraine teilgenommen haben, die bis heute Stück für Stück Informationen über Repressionen sammeln und öffentlich machen, politische Gefangene unterstützen und wissen, dass Russland früher oder später sich von der Diktatur des verbrecherischen Regimes befreien wird? Ja, derzeit ist »Memorial« gezwungen, seine Haupttätigkeit ins Ausland zu verlagern. Doch keine repressiven Maßnahmen werden seine Arbeit begraben können.

SIPRI: Weltweite Rüstungsausgaben

Das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) ist ein renommiertes wissenschaftliches Forschungsinstitut, das vor allem globale Zahlen zu Rüstung und Militär erhebt. Es wird u. a. von der schwedischen Regierung finanziert.

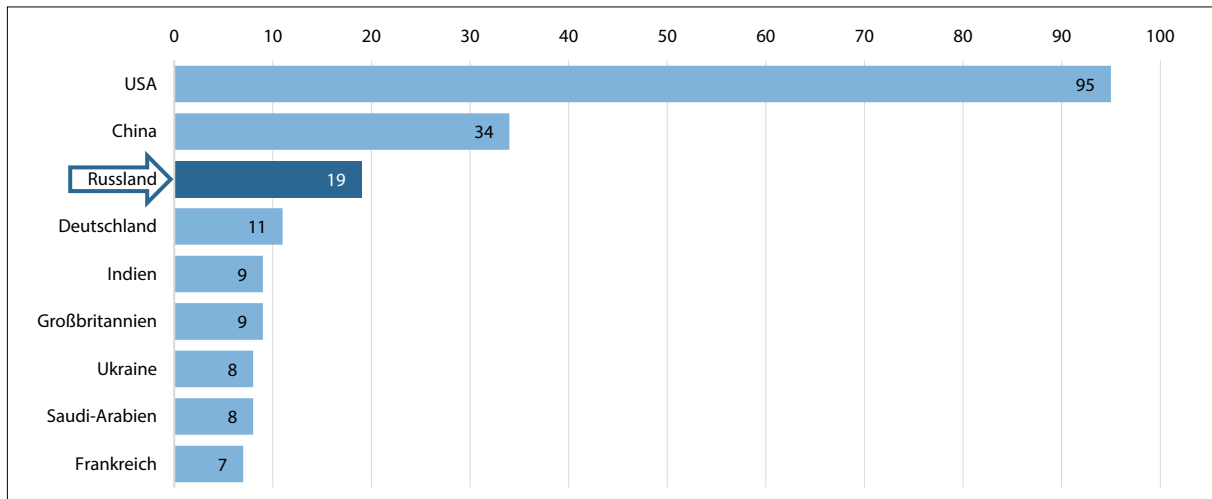
Das SIPRI veröffentlicht jährlich viel beachtete Zahlen zu weltweiten Rüstungsausgaben seit 1988. Die Zahlen beruhen teilweise auf eigenen Schätzungen. Die jüngste Ausgabe – mit den Zahlen für 2025 – ist am 27. April 2026 erschienen. In der begleitenden Presseerklärung heißt es: »Im Jahr 2025 erreichten die Militärausgaben als Anteil an den Staatsausgaben in Russland und der Ukraine das höchste [für diese Staaten] jemals erfasste Niveau«. (<https://www.sipri.org/media/press-release/2026/global-military-spending-rise-continues-european-and-asian-expenditures-surge>)

Die Russland-Analysen dokumentieren hier ausgewählte Ergebnisse.

Lestipp:

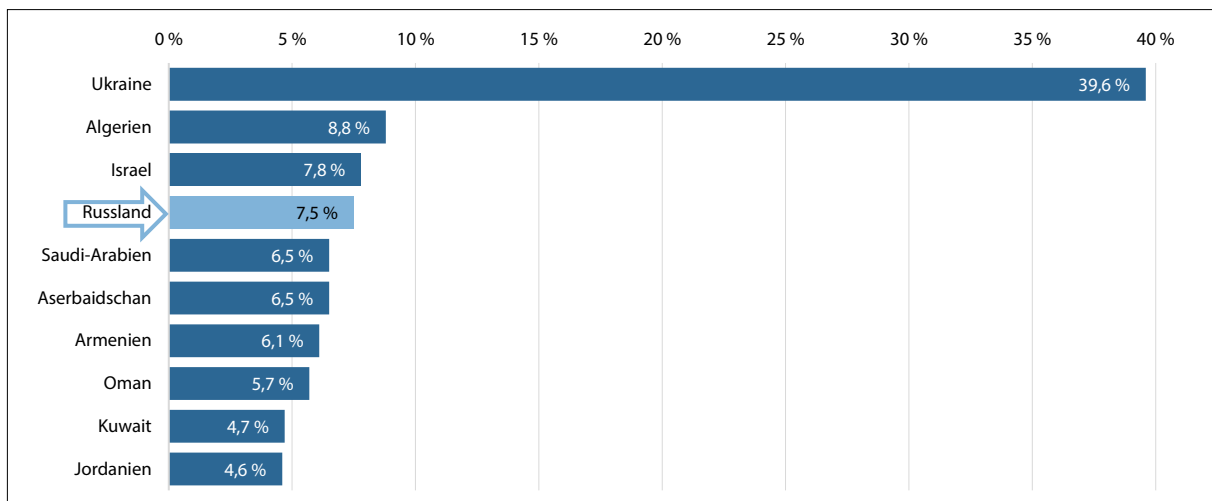
Julian Cooper: A Budget for a Fifth Year of War: Military Spending in Russia's Budget for 2026, SIPRI März 2026, <https://doi.org/10.55163/BVBD7912>

Grafik 1: Staaten mit den größten Rüstungsausgaben in absoluten Zahlen (in Mrd. US-Dollar)



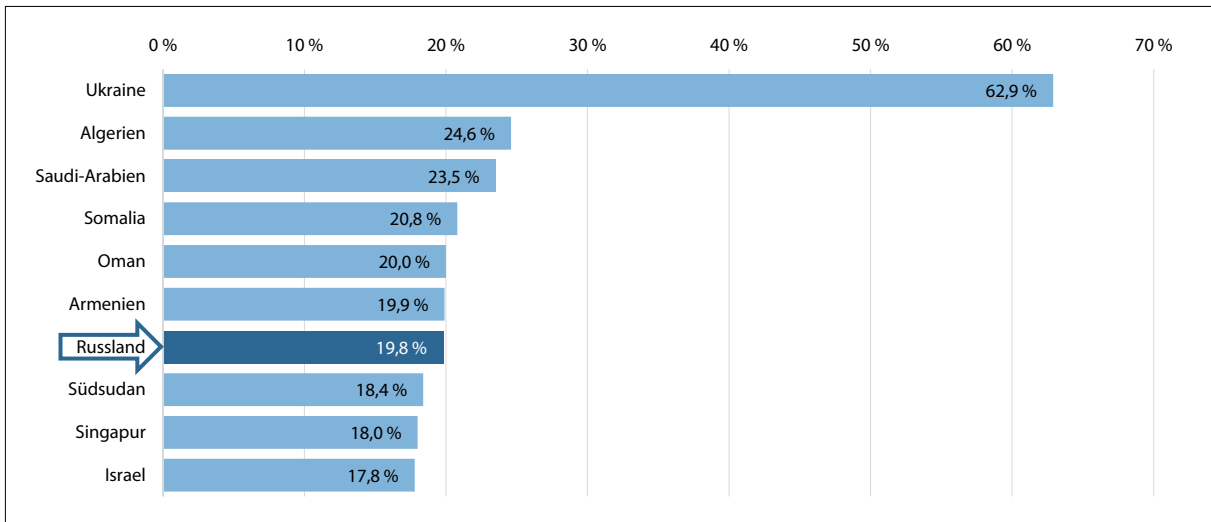
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <https://doi.org/10.55163/CQGC9685>

Grafik 2: Staaten mit den größten Rüstungsausgaben als Anteil am BIP (in %)



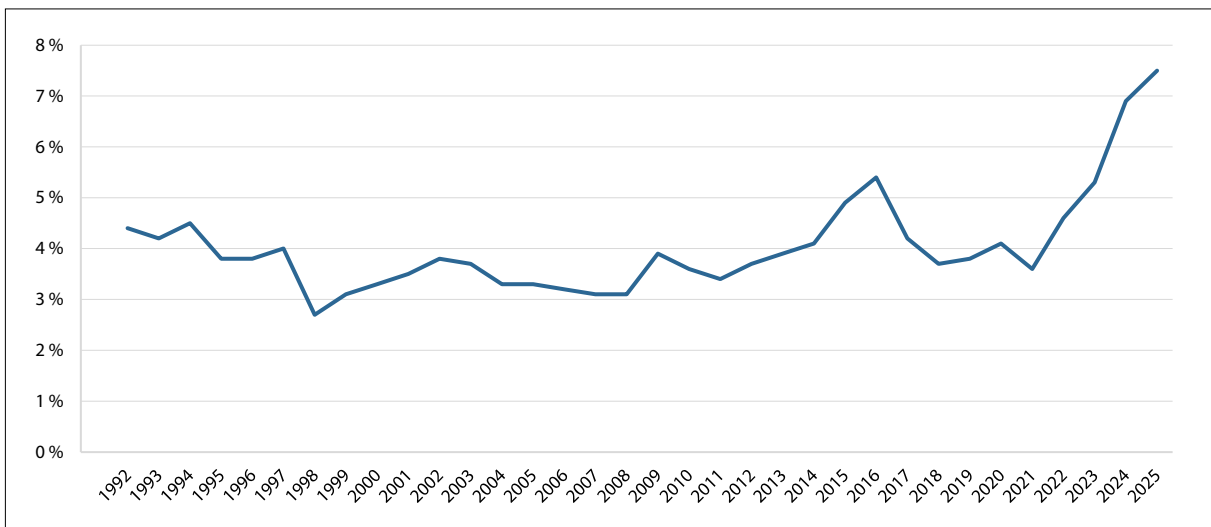
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <https://doi.org/10.55163/CQGC9685>

Grafik 3: Staaten mit den größten Rüstungsausgaben als Anteil an den Staatsausgaben (in %)



Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <https://doi.org/10.55163/CQGC9685>

Grafik 4: Russlands Rüstungsausgaben als Anteil am BIP 1992 – 2025 (in %)



1992	4,4 %
1993	4,2 %
1994	4,5 %
1995	3,8 %
1996	3,8 %
1997	4,0 %
1998	2,7 %
1999	3,1 %
2000	3,3 %
2001	3,5 %
2002	3,8 %
2003	3,7 %

2004	3,3 %
2005	3,3 %
2006	3,2 %
2007	3,1 %
2008	3,1 %
2009	3,9 %
2010	3,6 %
2011	3,4 %
2012	3,7 %
2013	3,9 %
2014	4,1 %
2015	4,9 %

2016	5,4 %
2017	4,2 %
2018	3,7 %
2019	3,8 %
2020	4,1 %
2021	3,6 %
2022	4,6 %
2023	5,3 %
2024	6,9 %
2025	7,5 %

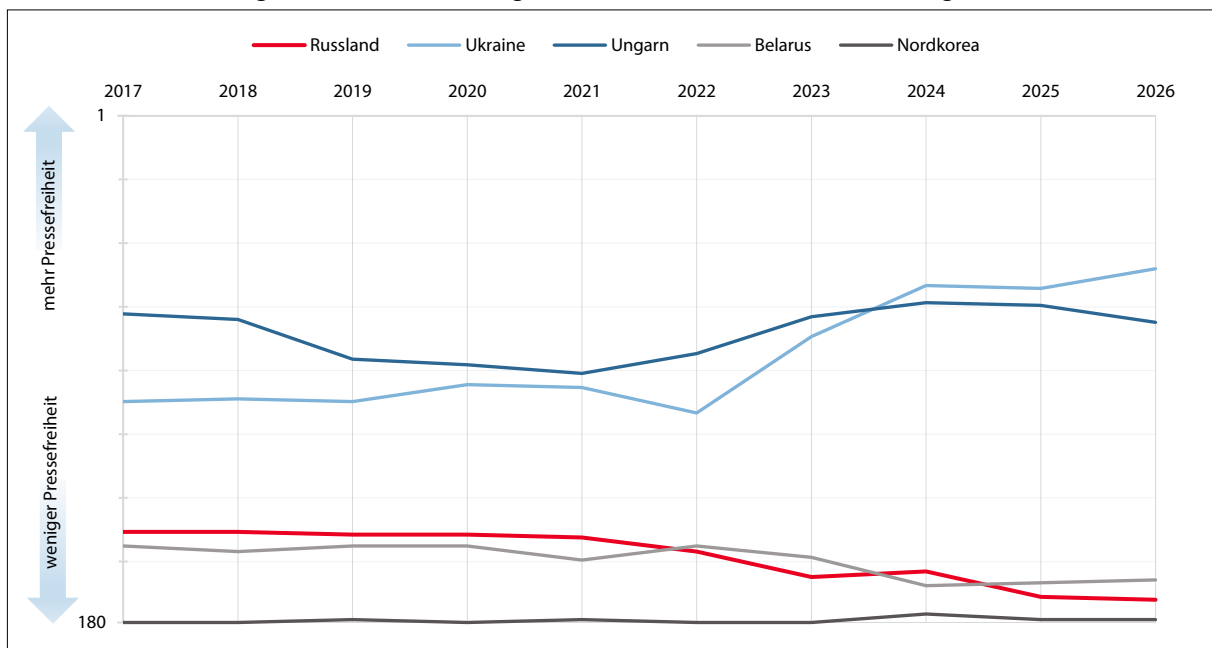
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <https://doi.org/10.55163/CQGC9685>

Russland in der Rangliste der Pressefreiheit

Am 30. April 2026 hat die Organisation Reporter ohne Grenzen ihre neue Rangliste der Pressefreiheit veröffentlicht. Russland liegt im weltweiten Vergleich auf Platz 172 von 180 erfassten Ländern. Dies ist der bisher schlechteste Wert für Russland. Einen Überblick über die Platzierungen gibt die unten folgende Grafik.

Im Überblick zur aktuellen Rangliste stellt Reporter ohne Grenzen fest: »Putins Russland (172) setzt seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine fort und tötet dabei immer wieder gezielt Journalist*innen. Derzeit sitzen 48 Medienschaffende in russischen Gefängnissen, davon 26 aus der Ukraine. [...] In Russland haben die Behörden die ohnehin bereits massiv repressive Gesetzgebung gegen Medienschaffende im vergangenen Jahr weiter verschärft. Insbesondere Gesetze zur Bekämpfung von »Terrorismus« und »Extremismus« wurden ausgeweitet und gezielt gegen Medienschaffende eingesetzt, sodass Journalist*innen häufig durch mehrere Tatbestände gleichzeitig angeklagt werden und sich die Haftstrafen dadurch erheblich erhöhen – teilweise um bis zu sieben Jahre. Im vergangenen Jahr ist die Zahl entsprechender Strafverfahren deutlich gestiegen, darunter sind auch zahlreiche Verurteilungen in Abwesenheit der Angeklagten im Exil.« (<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/2026>)

Grafik 1: Platzierungen Russlands in der Rangliste der Pressefreiheit 2017–2026 im Vergleich



	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Russland	148	148	149	149	150	155	164	162	171	172
Ukraine	102	101	102	96	97	106	79	61	62	55
Ungarn	71	73	87	89	92	85	72	67	68	74
Belarus	153	155	153	153	158	153	157	167	166	165
Nordkorea	180	180	179	180	179	180	180	177	179	179

Quelle: Reporter ohne Grenzen, <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/detail>, Zahlenreihen unter <https://public.flourish.studio/visualisation/28730142/>

Eingeschläfert

Bereg

Kosicha liegt 80 Kilometer von Nowosibirsk entfernt, es hat rund 800 Einwohner. Seit Anfang März 2026 steht an der Ortseinfahrt ein Checkpoint. Polizisten kontrollieren die Papiere – und wer nicht hier gemeldet ist, kehrt um. Der Grund ist die Quarantäne wegen einer »besonders gefährlichen Krankheit«.

Die regionalen Behörden behaupten, in Kosicha, einem der Dörfer mit der meisten Viehzucht in der Region, gehe die Pasteurellose um. Laut Dorfbewohnern gibt es hier mindestens 30 landwirtschaftliche Betriebe mit Kühen, Schafen, Schweinen und anderen Tieren.

»Als müssten wir uns durch Feindesland kämpfen«

Journalisten hegen den Verdacht, dass die Nutztiere in der Oblast Nowosibirsk nicht an Pasteurellose erkrankt sind, sondern an Maul- und Klauenseuche. Dies teilen Auskunftspersonen aus dem regionalen Agrarwirtschaftssektor auch der *Novaya Gazeta Europe* mit. Pasteurellose lässt sich im Unterschied zur Maul- und Klauenseuche gut mit Antibiotika behandeln, und um eine Verbreitung zu vermeiden, ist eine Tötung der Tiere nicht nötig. Die Maßnahmen gegen Maul- und Klauenseuche sind viel drastischer – so wie jene, die derzeit angesichts dieser »höchst gefährlichen Krankheit« in der Oblast Nowosibirsk ergriffen werden.

Öffentlich von einer Tierseuche, also der massenhaften Verbreitung der Maul- und Klauenseuche zu sprechen, wäre für die Behörden ungünstig: Dieses Virus schließt die Grenzen für den Export von Fleisch- und Milchprodukten aus Russland.

Die Sicherheitsbehörden und der Veterinärdienst versuchen, die ländliche Bevölkerung in der Oblast Nowosibirsk dazu zu bringen, der Konfiszierung ihrer Tiere freiwillig zuzustimmen. Gesetzlich gedeckt ist die Abschachtung der Tiere allerdings nicht. Die Einwohner von Kosicha bestätigen in Videobotschaften, dass ihre Tiere alle gesund sind. Sie fürchten, ihr Vieh könne ihnen gewaltsam entzogen werden. So erging es bereits Swetlana Panina, einer Bäuerin in Nowokljutschki, Bezirk Kupino: Während sie außer Haus war, wurden rund 200 Tiere aus ihrem Betrieb getötet.

Wie Russen sich ihr Leben nach dem Krieg vorstellen – eine Studie von Ljudi Baikala und einem unabhängigen Sozialpsychologen in Sibirien.

Die Dorfbewohner sind überzeugt, dass der Nachbarort Werch-Irmen unangetastet bleibt, weil dort der Zuchtbetrieb *Irmen* steht. Diesen leitet Oleg Bugakow,

ein Abgeordneter der Partei *Jedinaja Rossija* in der gesetzgebenden Versammlung der Oblast Nowosibirsk.

Die Fahrt von Nowosibirsk nach Werch-Irmen dauert mehr als eine Stunde. Vor der Abzweigung nach Werch-Irmen hält unser Fahrer an: Um in das Dorf hineinzufahren, brauchen wir einen anderen Chauffeur, mit einem Meldezettel von hier. Kurz darauf klopft Olga ans Fenster, die die nächste Etappe übernimmt. Olga bittet uns, auf der Rückbank Platz zu nehmen – hinten sind die Scheiben getönt. Sie will ihren Dorfleuten in Kosicha helfen und hofft, dass Medienberichte das Vorgehen der Behörden beeinflussen. Es geistern Gerüchte um, dass die Beschlagnahmung von Rindern aus Privatbetrieben schon morgen beginne, am 21. März.

Die Quarantäne erfordert Schneehaufen

An der Einfahrt nach Werch-Irmen liegt eine temporäre, handbetriebene Schranke quer über der Straße, daneben stehen Menschen in weißen Schutzoveralls. Einer macht sich daran, die Autoreifen mit Desinfektionsmittel zu besprühen, ein anderer beugt sich zu Olga.

»Was wollen Sie, den Pass?«, fragt sie beinahe aufsässig und wedelt mit dem Dokument im Ledereinband. »Ah, passt schon, hab dich erkannt.«

Olga fährt weiter, durch die Heckscheibe sehen wir, wie einer im Schutzanzug zu einem anderen etwas sagt und dabei auf uns deutet. Im Rückspiegel bemerkt Olga einen schwarzen Jeep, der uns folgt. Sie parkt vor irgendeinem Haus – der Jeep fährt zwei Häuser weiter, bleibt ein paar Sekunden stehen, wendet und kommt zurück.

Olgas Plan war, uns am Rand von Werch-Irmen aussteigen zu lassen, an der Straße nach Kosicha. Die Abzweigung wurde absichtlich mit einem Haufen Schnee zugeschüttet, um eine Forderung der Quarantäne zu erfüllen: alle Zufahrten mit Ausnahme der Hauptstraße zu sperren. Wir sollten über den Schneeberg klettern, 300 Meter die verschneite Straße entlangstapfen, und dort würde ein Bewohner von Kosicha mit dem Auto auf uns warten.

Doch der Jeep durchkreuzt diesen Plan – wir müssen wohl versuchen, unbemerkt auszusteigen und uns heimlich zu Fuß nach Kosicha durchzuschlagen.

In der Republik Sacha im russischen Norden werden besonders viele Straftaten unter Alkoholeinfluss begangen. Einige Ortschaften haben nun den Verkauf von Alkohol verboten. Eine Fotoreportage von Takie Dela.

Das Dorf in der Ferne zeichnet sich am Horizont ab, am Nachthimmel funkeln die Sterne. Aus einem

Pkw, der am Straßenrand parkt, steigt ein Mann mit einem Funkgerät – misstrauisch schielt er zu uns herüber, geht aber vorbei.

Vor uns zeichnet sich ein hoher Schneehügel ab, der die Ausfahrt aus Werch-Irmen Richtung Kosicha blockiert. Olga verabschiedet sich von uns.

Der Schnee liegt so hoch, dass die Straße spurlos verschwunden ist – ein einziges endloses Feld. Wir versinken bis zu den Knien, ein eisiger Wind pfeift uns um die Nasen.

»Als ob wir uns durch Feindesland kämpfen müssten«, platzt der Nowosibirsker Journalist heraus. »Dabei ist das Russland, verdammt, wir sind hier zu Hause!« Nach einer halben Stunde erkennen wir schemenhaft ein Auto. Vom Fahrersitz springt uns eine hochgewachsene männliche Gestalt entgegen.

»Ich hab mir fast ins Hemd gemacht, ich hatte so Angst! Mein Herz klopft immer noch wie verrückt.«

Vor uns sehen wir einen mehr als mannshohen Schneewall – damit blockieren die Behörden die Einfahrt nach Kosicha aus der Richtung Werch-Irmen. Durch diesen Wall ist ein Tunnel gegraben, der gerade mal so breit ist wie ein Pkw. Der Fahrer erklärt uns, sie wären nachts mit dem Traktor gekommen, um den Journalisten einen Weg zu bahnen.

Wir biegen in den Torbogen eines Hofes ein. Durch das Gebüsch blitzen die Scheinwerfer eines Autos – sie suchen die Fremden, die da über Werch-Irmen nach Kosicha gekommen sind.

»Das ist reine Willkür, ich weiß überhaupt nicht weiter«

In der Nacht vor der Ankunft der Veterinärmediziner – oder »Strafbrigaden«, wie man sie hier nennt – kann Michail Alschanski nicht einschlafen. Er ist froh über Besuch. Auf dem Tisch stehen Samogon, Aprikosenkompott, Speck und Käse, alles selbstgemacht.

Er betreibt zusammen mit seiner Frau Larissa, die gerade nach Nowosibirsk gefahren ist, eine Landwirtschaft mit elf Rindern. Alle sind gesund, sagt Michail. Eine junge Kuh hat er heute für den eigenen Verzehr geschlachtet.

»War eine feine Kalbin, gut beisammen. Schade drum, aber was soll's? Diesen Deppen alles abgeben will ich ja auch nicht.«

In der Männerrunde gibt sich Alschanski entschlossen: Er sagt, er wird die »Strafbrigaden« nicht auf sein Grundstück lassen und sein Eigentum verteidigen bis zum Letzten.

Als die anderen schlafen gehen und Michail mit der Bereg-Korrespondentin allein bleibt, ändert sich seine Stimmung deutlich: Er wird traurig, der Zweifel steht ihm ins Gesicht geschrieben. »Das ist reine Willkür, ich weiß überhaupt nicht weiter«, sagt er ganz verloren.

»Die haben uns gesagt, wenn wir unser Vieh nicht freiwillig vernichten lassen, kommen sie am nächsten Tag mit einem Gerichtsbeschluss, und wir kriegen gar keine Entschädigung dafür.«

Michail zweifelt, ob er die Kühe überhaupt noch melken soll

Eine ausgewachsene Kuh wiegt im Schnitt eine halbe Tonne. Ohne Subventionen bekommt der Besitzer maximal 85.500 Rubel [derzeit rund 970 Euro] für sie. Eine lebendige Milchkuh kann, abgesehen von den Haltungskosten, jeden Monat ungefähr dieselbe Summe einbringen.

Wer an alldem schuld ist, weiß Michail nicht, also kriegen alle ihr Fett weg: der Präsident und der Gouverneur für ihre Gleichgültigkeit, die Regionalverwaltung für ihre Unfähigkeit, mit den Leuten zu reden.

Unmerklich nähert sich der Morgen, eigentlich würden die Kühe jetzt gemolken. Michail zweifelt, ob er sie überhaupt noch melken soll: Sie werden heute sowieso geschlachtet, und die Milch wird konfisziert.

Seine Überlegungen werden unterbrochen – eine Nachbarin ruft an. Sie hat mitbekommen, dass die Polizei in der Nacht nach den auswärtigen Journalisten gefahndet hat, und rät ihm, uns woanders hinzubringen. Und zwar vor Tagesanbruch, meint sie: Später würden Patrouillen durch die Straßen fahren (unbekannte Autos ohne Kennzeichen rollen seit Anfang März durchs Dorf, doch in den letzten Tagen wurden sie deutlich mehr).

Iwan, ein anderer Nachbar von Michail, arbeitet in Kosicha als Wachmann im Landwirtschaftsbetrieb *Wodolei* (dt. Wassermann), in dem tags zuvor ausnahmslos alle Tiere vernichtet wurden – 600 Kühe und 220 Schafe. Sie seien einzeln getötet worden, erzählen Dorfbewohner. Nach einer Spritze aus der Injektionspistole des Tierarztes seien ihnen fast sofort die Beine weggerutscht, sie seien hingefallen, hätten im Krampf noch gezappelt und seien bald gestorben. Daraufhin seien sie auf der Kadaverdeponie verbrannt worden. In manchen Dörfern der Oblast Nowosibirsk sei den Kühen keine ausreichende Dosis des Präparats gespritzt worden, sodass sie nur gelähmt waren. Die seien dann lebendig verbrannt worden.

Der *Novaya Gazeta Europe* liegen Daten vor, dass ab Anfang Februar 2025 tatsächlich einige Agrarholdings der Region bei ihren Tieren Maul- und Klauenseuche festgestellt und den Empfehlungen des Landwirtschaftsministeriums entsprechend »den ganzen Infektionsherd vernichtet« hätten, um eine Ausbreitung des Virus zu verhindern. Die Zeitung schrieb, in großen Betrieben seien die Tiere zu Tausenden vernichtet worden. Die Besitzer hätten aber nichts nach außen dringen lassen und die staatlichen Entschädigungen waren unter der Hand ausgemacht.

»Wir sind umzingelt«

Die 45-jährige Gulnara Scharopowa, zu der Alschan-ski uns bringt, lässt ihr Handy gar nicht mehr los und weint fast vor Hilflosigkeit.

Im Morgengrauen fahren tatsächlich immer mehr fremde Autos durch das Dorf, genau wie Michails Nachbarin angekündigt hat. Aus den Autos steigen junge Männer in Zivil, die vor den Häusern stehenbleiben und sich umsehen. Gulnara ist sichtlich nervös: Sie fragt sich, was von denen zu erwarten ist.

Gulnara und ihr Mann Farruch haben einen der größten Landwirtschaftsbetriebe in Kosicha – mit 57 Nutztieren, davon 19 Milchkühe, die täglich mindestens 150 Liter Milch geben. Die Familie lebt vom Verkauf von Milch, Smetana, Quark und anderen Produkten.

Ihren Betrieb öffneten Gulnara und Farruch im Jahr 2020. Damals nahmen sie Schulden auf und kauften sich eine Kuh mit einem Kalb. Der Kuh gaben sie den Namen Rjabuschka, dem Kalb – Tjulpana. Tjulpana hat Farruch besonders gern, sie ist seine leistungsstärkste Kuh. Vor sechs Jahren war sie noch so klein, dass Farruch sie beim Autofahren auf dem Rücksitz im Arm hielt.

Allmählich wacht Kosicha auf. In den Chatgruppen des Dorfes wird diskutiert, wann wohl die Polizei und die Tierärzte kommen.

Gulnaras Nachbar Alexander kommt in die Garage – um seine Freunde zu unterstützen, sagt er. Er arbeitet als Wachmann in der Dorfschule und hat, erzählt er, ebenfalls einen kleinen Bauernhof – mit 18 Schweinen. Auch sie wollen die Behörden abschlagen: Mit der »höchst gefährlichen Krankheit« können sich ihrer Meinung nach alle landwirtschaftlichen Nutztiere anstecken.

»Sollen sie doch kommen und mich umbringen mitsamt meinen Kühen!«

»Na, wann kommen sie denn jetzt endlich?«, schreit Gulnara fast. »Sollen sie doch kommen und mich umbringen mitsamt meinen Kühen!«

Einer schreibt in den Dorfchat, ein Polizeikonvoi sei in Kosicha angekommen. Der Jurist, der die Dorfleute berät, bleibt dabei, sie sollen der Konfiszierung ihrer Tiere bloß nicht freiwillig zustimmen.

Gulnara ist überzeugt, dass keiner mit den Dorfleuten reden wird – sie werden einfach reingehen und die Tiere töten, und wer sich wehrt, kommt vor Gericht.

Der Jurist beteuert, dass das Gesetz auf der Seite der Dorfbewohner stehe: Ohne Gerichtsbeschluss dürfen Polizei und Veterinärdienst ein privates Grundstück nur mit Erlaubnis des Besitzers betreten. »Das müsst ihr euch einprägen und darauf bestehen!«, erklärt er. »Ihr müsst laut und deutlich aussprechen, dass ihr ihnen das Betreten eures Grundstücks verwehrt. Und nicht etwa ihnen helfen.«

Mit jeder Wiederholung dieser Anleitung wird Gulnara sicherer. Jetzt schickt sie selbst Sprachnachrichten in den Chat und gibt ihren Nachbarn Verhaltenstipps. Da Gulnara jetzt wieder Zuversicht geschöpft hat, verabschiedet sich Alexander und geht nach Hause. Bis zur Ankunft der »Strafbrigaden« will er noch ein paar Schweine schlachten, damit ihm wenigstens ein bisschen Fleisch bleibt.

Andere Bewohner von Kosicha schreiben in den Chat, dass im hiesigen Kulturhaus eine Versammlung mit Vertretern der Behörden anberaunt sei. Sie würden versuchen, die Leute von der freiwilligen Herausgabe ihrer Tiere zu überzeugen.

Doch Gulnara hat nicht vor, da hinzugehen. Zusammen mit Farruch spannt sie eine Schnur um ihr Grundstück und filmt ihre Kühe mit dem Handy. Mit diesem Video wollen die Scharopows vor Gericht beweisen, dass ihr Vieh keine Krankheitssymptome zeigt. Das Haus wird immer noch von Unbekannten in Autos beobachtet.

»Sie schläfern die Tiere in der Kirche ein!«

Im Dorfchat erscheint eine Warnung: Der Veterinärdienst sei da, mit schwerem Gerät, und fahre in Richtung Erzengel-Michael-Kloster.

»Nicht mal Gott fürchten sie! Tiere in der Kirche einschläfern!«, empört sich Gulnara. Die Tiere befinden sich nicht direkt im Gotteshaus, sondern im Gebäude gegenüber – einem Wirtschaftskomplex, der zu dem Kloster gehört. Die Geistlichen haben widerstandslos ihre Zustimmung zur Vernichtung der Tiere gegeben. Die Leute in Kosicha sagen, sie hätten weder öffentlich noch in privaten Gesprächen Kritik am Vorgehen der Behörden geäußert.

Nach der Versammlung suchen Beamte Gulnara persönlich auf und wollen sie »im Guten« dazu bringen, ihre Kühe herzugeben. Das Gespräch vor dem Haus dauert ungefähr 20 Minuten, manchmal hören wir die Schreie einer Frau bis nach drinnen. Dann kommt Gulnara wieder herein und erzählt: Sie hätten ihr eingeredet, wenn ihre Tiere andere Tiere anstecken, drohe ihr strafrechtliche Verfolgung. Beweise, dass ihre Tiere infiziert sind, hätten sie ihr nicht vorgelegt.

Anfang März hat Gulnaras und Farruchs Vieh die reguläre Impfung gegen Maul- und Klauenseuche bekommen, und sichtbare Anzeichen dieser Infektion wie etwa Blasen im Mund oder am Euter seien nicht aufgetreten, ist Gulnara überzeugt.

Doch laut WHO kann die Infektion manchmal einen leichten oder schlicht symptomfreien Verlauf nehmen – dann kann man sie nur anhand von Blutproben diagnostizieren. Auf Anweisung der Behörden entnahm der Veterinärdienst Blutproben, verweigerte den Landwirten jedoch den Einblick in die Befunde.

»Für die ärgsten Drogendealer liegen nicht so viele Fahnder auf der Lauer.«

Die Unbekannten, die vor Gulnaras Hof im Auto sitzen, richten Ferngläser auf das Haus. Gulnara zieht die Vorhänge vor.

»Ich kann doch meine Mädels nicht verraten«

Eine Bekannte ruft an und fragt Gulnara, ob sie Fleisch auf einen Markt in Nowosibirsk liefern kann. »Nein, wir sind umzingelt«, antwortet diese lachend und stellt auf Lautsprecher. »Für die ärgsten Drogendealer liegen nicht so viele Fahnder auf der Lauer wie bei uns hier.«

Gulnaras Bekannte fängt an, über Politik und die Wahlen zur Staatsduma im Herbst zu reden.

»Wir müssen hingehen und einfach irgendeine Partei wählen, nur nicht Jedinaja Rossija!«

»Die wählt sowieso keiner«, winkt Gulnara ab. »Aber sie gewinnen trotzdem.«

Gegen Abend wird bekannt, dass die Regionalverwaltung beschlossen hat, für alle, die ihr Vieh freiwillig schlachten lassen, die Entschädigung zu erhöhen – pro Stück 30.000 Rubel [rund 340 Euro] zusätzlich. Die Scharopows bezweifeln, dass dieses Geld tatsächlich je ausbezahlt wird. Doch sogar wenn dieses Versprechen eingehalten würde, wäre Gulnara nicht bereit, ihre Tiere herzugeben.

»Ich kann doch meine Mädels nicht verraten«, sagt sie. »Ich bleibe bei ihnen, bis zum Schluss.«

Am Morgen des 22. März kreist ein Hubschrauber über Kosicha: Gouverneur Andrej Trawnikow kommt zu Besuch. Es gibt noch 14 Familien hier, die sich weigern,

die Einwilligung zur Vernichtung ihres Viehs zu unterschreiben. Michail Alschanski und seine Familie gehören nicht mehr dazu: Sie haben freiwillig zugestimmt.

Am Abend des 22. März halten nur noch sieben Familien an ihren Tieren fest. Am Morgen des 23. März sind es nur noch zwei, die Scharopows und noch eine. Doch am Abend geben auch sie nach.

Am 24. März unterschreibt die letzte Familie von Kosicha mit dem Namen Wjalow die Einverständniserklärung zur freiwilligen Beschlagnahme und Vernichtung ihres Viehs. »Wir sind keine Helden, wir sind ganz normale Menschen, die aufgeben mussten«, postet Tochter Darja Mironenko in ihren sozialen Medien.

Bereg, dessen Korrespondentin zu diesem Zeitpunkt Kosicha bereits verlassen hatte, versuchte zu erfahren, warum Michail Alschanski und die Familie Scharopow der Tötung ihrer Tiere dann doch noch zugestimmt hätten – doch die Landwirte antworteten nicht mehr. Ein Mann aus Kosicha gab an, dass die Behörden sie unter Druck gesetzt und Probleme für ihre Verwandten angekündigt hätten. Beide Familien haben Verwandte, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind.

Am 26. März wurde in der Republik Altai, in der Region Altai, in Transbaikalien, Kalmückien, Tschuwaschien, Jakutien sowie in den Oblasten Omsk, Orenburg, Pensa, Samara, Swerdlowsk und Tomsk von Viehschlachtungen berichtet. Die massenhafte Verbreitung der Maul- und Klauenseuche in Russland wurde noch immer nicht öffentlich bestätigt.

Übersetzung von Ruth Altenhofer (gekürzt)

Über den Autor

»Bereg« ist eine Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Journalisten.

Dieser Beitrag des Mediums Bereg erschien ursprünglich am 27.03.2026 und wurde von dekoder ins Deutsche übersetzt und am 29.04.2026 unter <https://www.dekoder.org/de/article/russland-sibirien-ingeschlaefert-klauenseuche/> veröffentlicht. Wir danken Bereg und dekoder für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Russlands Eroberungskrieg gegen die Ukraine – Kipppunkt, Kehrtwende oder Informationskrieg?

Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Stimmungswandel

Zur großen Moskauer Siegesparade am 9. Mai 2026 machten viele Beobachter und Medien einen deutlichen Stimmungswandel in Russland aus. Es wurde zunehmend berichtet, dass Russland an der Front keine Fortschritte mehr macht und sich durch ukrainische Luftangriffe weit ins Landesinnere bedroht sieht. Als der russische Präsident Wladimir Putin dann bei seiner Pressekonferenz erklärte, dass der russische Einsatz in der Ukraine »zu einem Ende kommt«, wurde das von vielen als endgültiges Signal gesehen, dass die Stimmung in Russland auf der Kippe steht. Vorher war in Russland bereits von Problemen der Wirtschaft und Unzufriedenheit mit den weitgehenden Einschränkungen des Internets berichtet worden. Ebenso gab es Gerüchte über eine Spaltung der russischen Eliten. So wurde ausgehend von einem Kipppunkt beim Krieg und bei der russischen Stimmungslage auf eine mögliche Kehrtwende Putins geschlossen, der nun für Friedensverhandlungen offen sei. Es ist weiterhin von außen kaum zu beurteilen, wie Putin die Lage einschätzt und was er plant. Die Lage, der sich Putin gegenüber sieht, lässt sich aber beschreiben.

Militärische Lage

An der Front ist die russische Frühjahrsoffensive nach aktuellem Stand gescheitert. Einigen minimalen Vorstößen stehen einige ebenfalls minimale Rückzüge in Reaktion auf ukrainische Angriffe gegenüber. Als zentrale Gründe dafür werden regelmäßig genannt: die Abschaltung wichtiger Kommunikationskanäle für die russischen Truppen: Starlink durch das amerikanische Unternehmen und Telegram durch die eigene Regierung; zunehmend schlechter ausgebildete russische Soldaten, die oft ohne Rücksicht auf Qualifikationen rekrutiert und schnell an die Front geschickt werden; Dominanz von Drohnen, die ein »gläsernes Gefechtsfeld« und damit anstelle einer Frontlinie einen breiten »Todesstreifen« schaffen, der kaum zu überwinden ist; die neu hinzugekommene ukrainische Fähigkeit russische Nachschubpositionen mit eigenen Mittelstreckenraketen auch weit hinter der Front massiv anzugreifen.

Die neuen technischen Möglichkeiten der Ukraine zeigten sich besonders bei den zunehmend systematischen ukrainischen Luftangriffen auf russische Rüstungsunternehmen und kritische russische Infrastruktur vor allem im Bereich Erdöl, der zentral für die russische Exportwirtschaft ist. Diese Luftangriffe wur-

den dann auch als Auslöser für Putins Sorge um die Sicherheit der Siegesparade in Moskau gesehen. Diese Sorge führte dazu, dass um Moskau massiv Flugabwehrgerät zusammengezogen wurde und der amerikanische Präsident Donald Trump, um die Vermittlung eines Waffenstillstands für die Dauer der Parade gebeten wurde.

Das bedeutet aber noch nicht, dass Russland seinen Eroberungskrieg verloren gibt. Während Russland wegen der neuen Form des Drohnenkriegs an der Front nicht vorankommt, würde dasselbe für eine ukrainische Gegenoffensive auch gelten. An der Frontlinie gibt es weiterhin einen Stellungskrieg oder Abnutzungskrieg, den absehbar keine Seite gewinnen kann. Beim Luftkrieg hat die Ukraine zwar die Möglichkeit systematisch russische Ziele nicht nur zu treffen, sondern auch längerfristig auszuschalten, aber es ist nicht absehbar, dass die Schäden einen Zusammenbruch Russlands bewirken. Umgekehrt sind die systematischen Angriffe Russlands auf zivile Ziele, oft eindeutige Kriegsverbrechen, weiterhin eine schwere Belastung für die Ukraine. Die Ukraine hat mehrfach erklärt, dass Flugabwehrraketen knapp werden. Nachdem die USA unter Trump direkte Lieferungen eingestellt hatten, sind durch die massiven Angriffe gegen den Iran jetzt wohl auch die globalen Vorräte stark ausgedünnt.

Kehrtwende?

Bei der Einschätzung, ob dies für eine russische Kehrtwende reicht, sind zwei Szenarien möglich.

Wie von vielen Kommentatoren vermutet, oder vielleicht eher erhofft, könnte es ein echtes russisches Interesse an Verhandlungen geben. Dabei ist aber zu beachten, dass Russland keinesfalls bereit für einen Rückzug ist. In der oben zitierten Pressekonferenz am 9. Mai erklärte Putin eben auch, dass es um »die endgültige Niederlage der Ukraine« ginge. Die bisherige russische Minimalforderung für einen Waffenstillstand, nicht Frieden, ist der Abzug der Ukraine aus dem gesamten Donbas. Damit würde die Ukraine ihren starken Befestigungsring in der Region Donetz aufgeben, was militärisch katastrophal wäre.

Deshalb gehen andere Kommentatoren davon aus, dass Russland weiterhin Aussagen über Verhandlungen eher als Teil des Informationskrieges versteht. Nachdem die pro-russische Regierung in Ungarn bei den Wahlen vollständig gescheitert ist, muss Russland jetzt andere

Wege suchen, im Westen Uneinigkeit zu erzeugen. Für diese Erklärung spricht, dass Russland – sobald die Parade in Moskau vorbei war – den Waffenstillstand mit der Ukraine nicht mehr ernst genommen hat. Ebenfalls nicht unbedingt ein Zeichen für ernsthafte russische Absichten ist der vorgeschlagene Vermittler, der mittlerweile 82-jährige Gerhard Schröder, der für viele in Europa ein rotes Tuch ist und der letztes Jahr wegen Burnout-Diagnose in klinischer Behandlung war.

Logisch wäre eine Wiederaufnahme der von den USA initiierten Friedensverhandlungen mit europäischer Beteiligung. Klassisch finden solche Verhandlungen in einigermaßen neutralen Drittländern statt, die für die Koordination hinter den Kulissen ihren gesamten diplomatischen Apparat einsetzen können – seien es die Vereinigten Arabischen Emirate bei den Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine im letzten Jahr oder aktuell Pakistan bei den Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran.

Für die Annahme, dass die aktuellen russischen Aussagen eher Teil des Informationskrieges sind, spricht auch die bisherige Erfahrung. So hat Russland über den Einsatz seiner Armee in der Ukraine immer gelogen – schon bei der Annexion der Krim 2014, wo Putin später in einer Fernsehdokumentation den Einsatz zugab. Die Beteiligung russischer Streitkräfte am Abschuss eines malaysischen Zivilflugzeugs und die Stationierung russischer Armeeeinheiten in der Ostukraine hat Russland trotz vielfältiger Beweise und eindeutiger Gerichtsurteile bestritten. Die geplante große Invasion der Ukraine wurde noch direkt bis zum Einmarsch im Februar 2022 geleugnet.

Vorsicht ist also geboten. Umgekehrt signalisiert der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij aktuell fortwährend Gesprächsbereitschaft und setzt dabei auf kleine Vereinbarungen, wie etwa befristete Waffenstillstände oder beidseitige Verzicht auf bestimmte Maßnahmen, wie z. B. Luftangriffe auf Flughäfen. Wenn Russland Verhandlungen will, dann wäre das der erste Schritt.

Ausblick

Wieweit Russland und die Ukraine zu Zugeständnissen bereit sind, dürfte von zwei Faktoren abhängen.

Über den Autor

Prof. Dr. *Heiko Pleines* leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Erstens geht es um die militärische Lage. Soweit sich das von außen beurteilen lässt, geht es für Russland vor allem darum, genug Soldaten zu rekrutieren, um weitere Offensiven zu starten, und die Schäden durch ukrainische Luftangriffe auf kritische Infrastruktur in Grenzen zu halten. Die Ukraine wiederum muss ihre Luftverteidigung längerfristig aufrechterhalten. Zu beachten ist aber auch, dass gerade im militärischen Bereich viele relevante Informationen der Geheimhaltung unterliegen und dass selbst die, die die Geheimnisse der einen Seite kennen, durch die Innovationen der anderen Seite oder die allgemeine Entwicklung der Kriegsführung regelmäßig überrascht wurden.

Der zweite Faktor, der Putins Überlegungen beeinflussen könnte, ist die Stimmung in Russland. Während sich bei der ukrainischen Bevölkerung trotz der massiven russischen Luftangriffe auf zivile Ziele mit dramatischen Versorgungsausfällen im letzten Winter eine hartnäckige Widerstandsbereitschaft gezeigt hat, ist die Stimmung in Russland nach allgemeiner Einschätzung eher von Verdrängung geprägt und bei vielen in Bevölkerung und Eliten zeigt sich Unzufriedenheit. Ob diese Unzufriedenheit politisch relevant wird, ist weder von außen noch durch Putin eindeutig einzuschätzen. Putin wird aber eine große Sorge vor Umstürzen nachgesagt und der »Wagner-Aufstand« im Sommer 2023 hat gezeigt, wie schnell so etwas gehen könnte. Die Russland-Analysen werden sich mit der Stimmung in Russland in der übernächsten Ausgabe ausführlich beschäftigen.

Die oft wiederholte Aussage, dass jeder Krieg durch Verhandlungen endet, verstellt den Blick dafür, dass in vielen Fällen – vom Zweiten Weltkrieg bis zum Abzug der USA aus Afghanistan – dabei keine Lösung ausgehandelt wurde, sondern das Ergebnis durch den Krieg vorgegeben war. Umgekehrt bringen echte Verhandlungslösungen keinen Frieden, wenn sich nicht alle Seiten verpflichtet fühlen, sich auch dann noch an das Verhandlungsergebnis zu halten, wenn eine erneute militärische Eskalation Erfolge verspricht.

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2003 zu Russland befinden sich auf der Seite der Russland-Analysen (<http://www.laender-analysen.de/russland/>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link <https://laender-analysen.de/russland-analysen/chronik?c=russland&i=1>.

Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten. Zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992. Treuen Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken der Länder Ukraine, Belarus und oder Polen Gebrauch zu machen, um z. B. Ereignisse wie den Krieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenaue Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen. Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Anastasia Stoll (verantwortlich)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich

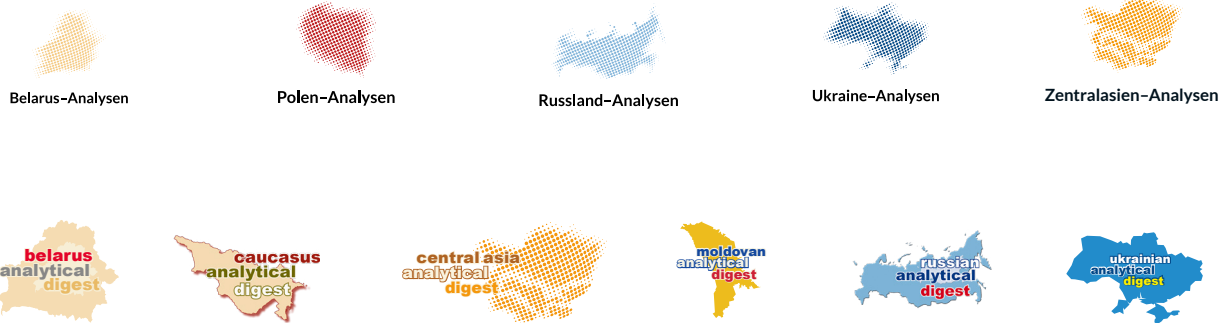
Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2026 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

In deutscher Sprache zu Belarus, Polen, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>



In englischer Sprache zu Belarus, dem Kaukasus, Moldova, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/eastern-europe-analytical-digest-series.html>

